

# Standpunkte

Online-Magazin 10./11.2020



FOTO © KONZEPT: GRÜN GMBH

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser STANDPUNKTE-Ausgabe geht es um „Bürgerbeteiligung in der Praxis“, dem Ur-Anliegen des Münchner Forums. Es ist selbst aus dem Engagement von Münchner Bürgerinnen und Bürgern in der Auseinandersetzung um die richtigen Ziele und Wege in der Münchner Stadtentwicklung entstanden. Denn die unmittelbare Beteiligung von Bürgern war eigentlich nicht vorgesehen in der parlamentarischen Demokratie, in der der „Souverän“ seine Macht periodisch in die Hände von Gewählten legt – und sich mit der Zuschauerrolle beim Politikprozess begnügt. Auch die gesetzlich gewährte Beteiligung von Bürgern, Stellungnahmen in Bauleitplan- und Planfeststellungsverfahren abgeben zu können, stellt faktisch nur geringen Einfluss sicher. Die vermehrte Gründung von Bürgerinitiativen in den 1970er, 80er und 90er Jahren signalisierte entschiedenen Anspruch auf bürgerschaftliche Mitsprache bei der Gestaltung aller Lebensbereiche. Und ebnete zugleich den Weg, dass in den 1990er Jahren Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Bayern Gesetzesrang per Volksentscheid erhielten – ein Meilenstein der direkten Demokratie. Aber auch dieses Beteiligungsinstrument muss in der Praxis Hürden überwinden. Bei aller Zufriedenheit über die Vielzahl von Angeboten für formelle und informelle Bürgerbeteiligung heute ist aber auch festzuhalten, dass der Einfluss des „großen Geldes“ auf die Stadtplanung und Stadtentwicklung in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen hat. Die Umprägung der Stadt als Lebensraum ihrer Bewohner zum Ort hochverzinslicher Kapitalverwertung ist in vollem Gange. Effektive „Bürgerbeteiligung in der Praxis“ ist dringlicher denn je, wenn sie nicht faktisch auf einen Placebo-Effekt reduziert werden soll.  
Bleiben Sie gesund!

*Detlev Sträter, 1. Vorsitzender des Programmausschusses*

## Bürgerbeteiligung in der Praxis

ANNE HOGEBACK PlanTreff: Plattform zur Stadtentwicklung	2
PROF. ELISABETH MERK Statement der Stadtbaurätin	3
SVEN SIEBERT Schluss mit der Scheinbeteiligung in München!	4
GEORG KRONAWITTER Mein Leben als BA-ler in Trudering-Riem	6
KLAUS BÄUMLER Re-Education Campaign unter dem Sternenbanner	7
MARION SCHÄFER Projekte können wir alle!	9
GEORG KRONAWITTER Nie war es so wertvoll wie heute	12
KLAUS BÄUMLER Volksentscheid vor 25 Jahren: Quantensprung für die basis-demokratische Partizipation	13
ALEXANDER FRIEDRICH, FABIAN EWALD Immer höher, immer weiter – aber um welchen Preis?	16
REFERAT FÜR STADTVERBESSERUNG* Wenn wir's hier schaffen, schaffen wir's in ganz München	18
<hr/>	
DIETER KLEIN Verstärkeramt in Kochel – durch Abbruch gefährdet	20
DIETER KLEIN Bizarre „Verbesserungen“ am Werk eines Münchner Architekten?	21
Pressemitteilungen und Stellungnahmen	25
<hr/>	
Arbeitskreise im November Forum aktuell auf LoRa 92,4 Veranstaltungshinweise Impressum	

# PlanTreff: Plattform zur Stadtentwicklung mitdenken, mitreden, mitplanen

ANNE HOGEBACK

Seit Mitte Oktober hat der PlanTreff nach einem umfangreichen Umbau wieder seine Türen geöffnet. Im neuen PlanTreff im Referat für Stadtplanung und Bauordnung an der Blumenstraße 31 gibt es mehr Raum für Ausstellungen, Workshops und Diskussionen, auch wenn Pandemie-bedingt zunächst nur ein reduziertes Programm vor Ort möglich sein wird. In Zukunft sollen Veranstaltungen aller Art und kompetente Betreuung möglichst viele Münchner\*innen auf die Themen und Projekte der Stadtentwicklung neugierig machen und zum Dialog einladen.

## Digital und crossmedial

Selbstverständlich werden digitale Formate in der Stadtentwicklung und im PlanTreff immer wichtiger. Schon seit einiger Zeit gibt es neben dem Internetauftritt [www.muenchen.de/plan](http://www.muenchen.de/plan), wo Informationen zu allen Themen des Referats zu finden sind, die Plattform [www.muenchen-mitdenken.de](http://www.muenchen-mitdenken.de). Hier wird über Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zur Stadtentwicklung und -planung gebündelt informiert.

Über diese und andere Plattformen werden nun auch digitale Erörterungsveranstaltungen zu Bebauungsplänen angeboten. Ende September fand beispielsweise die digitale Erörterung zu den Planungen zum Georg-Kronawitter-Platz statt. Neue Veranstaltungen werden digital oder als hybride Veranstaltungen mit wenig Teilnehmenden durchgeführt, die per Livestream übertragen werden. So zum Beispiel die „Gesprächsreihe zur Stadtbaukultur“ der Stadtbaurätin.

Auch die beliebten Stadtspaziergänge aus der Reihe „PlanTreff vor Ort“ funktionieren digital. Statt zu Fuß durch ein Gebiet zu gehen, werden Stadtviertel per moderierter Webkonferenz erkundet und mit Plänen, Bildern und den Berichten von Expert\*innen vorgestellt. Die Teilnehmenden können per Chat Fragen stellen und Gehörtes kommentieren. Ein Format, das aus moderner Stadtentwicklungsplanung nicht mehr wegzudenken ist und das auch nach der Pandemie weitergeführt werden wird. Denn dies ist ein Weg, neue Gruppen zu erreichen: zum einen Jüngere, Internet-Affine, aber auch Menschen, die nicht (mehr) so mobil sind.

Ein ganz neue Möglichkeit wird Ende des Jahres starten: die München-App „STADT\_PLAN“. Mit der App kann jede\*r für sich, ganz individuell, am Smartphone Stadtentwicklung erleben. Entweder zu Fuß oder mit dem Rad kann man auf zunächst

15 Routen erkunden, was in München geplant, aber auch bewahrt wird.

Selbstverständlich ersetzen digitale Formate in der Regel nicht die bisherigen Angebote. Sie ergänzen sie bzw. sind zur Zeit die einzige Möglichkeit, um zu informieren und zu diskutieren oder sich zu beteiligen. Der direkte Kontakt vor Ort und im PlanTreff ist und bleibt die Basis für den Dialog zwischen und mit den Akteuren der Stadtentwicklung.



Abb. 1: Die München-App „Stadt-Plan“

## Interesse wecken und Engagement fördern

Nach wie vor gilt ein besonderes Augenmerk der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Seit fast 30 Jahren veranstaltet das Referat für Stadtplanung und Bauordnung gemeinsam mit dem Referat für Bildung und Sport einen Wettbewerb für Kinder und Jugendliche zur Stadtentwicklung, den Münchner Schulwettbewerb. Hier wird Stadtentwicklung und

-planung in den Mittelpunkt eines Unterrichtsprojektes oder der freien Jugendarbeit gestellt. Die Kinder und Jugendlichen erarbeiten ihre Ideen zur Gestaltung ihres Umfelds, ihres Stadtteils oder Münchens insgesamt und reichen diese als Wettbewerbsbeitrag ein. Ihre Projekte und Perspektiven werden durch eine gemeinsame Veranstaltung mit Preisverleihung und Ausstellung gewürdigt.

Verstärkt gefördert wird auch das bürgerschaftliche Engagement im Stadtteil. Konkrete Ideen und Initiativen zur Stadtentwicklung können finanziell gestärkt und unterstützt werden.

### **Nicht nur die Stadt verändert sich, auch die Bürgerbeteiligung**

Die Bürgerbeteiligung hat sich in den letzten Jahren nicht nur in München verändert. Gut aufbereitete Informationen, Transparenz, Diskussionen auf Augenhöhe, Mitsprache und Mitgestaltung sind wichtige Elemente der Stadtentwicklung und werden von den Münchner\*innen erwartet. Diesem Anspruch versuchen der PlanTreff und die Bürgerbeteiligung zur Stadtentwicklung Rechnung zu tragen, wie die große Bandbreite der Formate, Angebote und Verfahren zeigt.

Während bestimmte Verfahren formelle Beteiligungsschritte erfordern, haben andere einen infor-

mellen Charakter. In München hat sich inzwischen – vor allem bei größeren Projekten – eine Kombination formeller und informeller Schritte durchgesetzt. Dies hat den Vorteil, dass intensiver und lokal auf das Projekt bezogen kommuniziert und agiert werden kann.

### **Formate, Formate, Formate – Kommunikation braucht viele Wege**

Wie schon beschrieben sind die planungsbezogene Kommunikation und Bürgerbeteiligung in München vielseitig. Dabei gilt: Je höher der Grad der Beteiligung, desto mehr Instrumente kommen zum Einsatz. Dabei wird in drei Kategorien oder Stufen der Kommunikation unterschieden. So sind Internetseiten, Flyer, Handzettel, Broschüren und Informationsveranstaltungen beispielsweise Instrumente der „Basis-Öffentlichkeitsarbeit“. Kommen Erörterungsveranstaltungen, Einwohnerversammlungen, Ausstellungen, Podiumsdiskussionen, Runde Tische, Werkstattgespräche oder Workshops hinzu, wird von „erweiterter Öffentlichkeitsarbeit mit partizipatorischen Elementen“ gesprochen. Bei der dritten Stufe, der „umfassenden Öffentlichkeitsarbeit mit Bürgerbeteiligung“, werden diese Instrumente ergänzt durch projektbezogene Newsletter oder Mailings, Veranstaltungsreihen, Exkursionen, partizipative Wettbewerbsverfahren, Online-Dialoge, Open-Space-Veranstaltungen, Bürgergutachten oder anderen Beteiligungsverfahren mit zufällig aus dem Einwohnerregister ausgewählten Teilnehmenden.

Wann welche konkreten Instrumente eingesetzt werden, wird für jedes Projekt, jedes Verfahren und jeden Prozess individuell entschieden und auf die jeweiligen Bedarfe angepasst. So gelingt der Spagat



Abb. 2: Ausstellung „München lebenswert, nachhaltig und zukunftsorientiert“

FOTO © LHM, BIRGIT WAGNER

### **Statement von Stadtbaurätin Elisabeth Merk:**

*„Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe heißt, die Bereitschaft auf beiden Seiten sich auf Konsens zu fokussieren und trotzdem einen Dissens zulassen zugunsten einer gemeinsamen Zieldefinition.“*






FOTO © FRANZ JOSEF MAIER / LHM

zwischen verbindlichen Regeln und individueller Ausgestaltung.

**Bürgerbeteiligung in München: Mitdenken, mitreden, mitplanen**

Grundsätzlich gilt: eine Stadt kann nur gemeinsam gestaltet und geplant werden. Deshalb lädt der PlanTreff ein, mitzudenken, mitzureden und mitzuplanen. Kommen Sie vorbei – digital oder vor Ort!

[muenchen.de/plantreff](https://muenchen.de/plantreff)   
[muenchen.de/plan](https://muenchen.de/plan)   
[muenchen-mitdenken.de](https://muenchen-mitdenken.de)   
 Twitter und Instagram: [plantreffmuc](#)

Anne Hogeback ist Leiterin des PlanTreff, der Münchner Plattform zur Stadtentwicklung. Der PlanTreff veranstaltet Ausstellungen, Workshops, Dialoge und bringt die Akteure der Stadtentwicklung zusammen.

# Wunsch und Wirklichkeit der Bürgerbeteiligung Schluss mit der Scheinbeteiligung in München!

SVEN SIEBERT

Die ersten Wochen mit Covid19 haben kurz aufscheinen lassen, in welchem Umfang die Münchnerinnen und Münchner selbstwirksam ihre lokale Gemeinschaft wiederbelebt haben. Es wurde gehackt, gehandelt, getauscht und geholfen. Digital, aber auch analog. Die Pandemie als extreme Herausforderung hat gezeigt, was möglich ist, ohne auf „den Staat“ zu warten. In einer repräsentativen Demokratie ist das eigentlich nicht vorgesehen. Planungs- und Entscheidungsprozesse sind an Expertinnen und Experten aus Verwaltung und Politik delegiert. Aber in jeder noch so gut funktionierenden Demokratie verbleibt eine Unzufriedenheit, weil sich Menschen nicht von den durch Wahlen gefundenen Mehrheiten vertreten fühlen.

In München werden Menschen mit unterschiedlichen Angeboten und Formaten „eingebunden“. Professionelle Akteure genauso wie Bewohnerinnen und Bewohner. Sie werden damit aber noch lange nicht beteiligt. Zumindest nicht im Sinne gängiger Definitionen zur Partizipation. Warum scheint das so schwer zu sein? Ein Blick auf die „Leiter der Beteiligung“ (s. Abb.), auf der man sich von unten nach oben müht, verdeutlicht die Problematik. Die Zeiten, in denen Politik und Verwaltung ihre Anliegen hauptsächlich „verkauft“ haben, ohne die Bürgerschaft einzubinden, sind zum Glück schon länger passé (roter Balken). Seit Jahrzehnten hängen wir in der Landeshauptstadt aber im Graubereich der Scheinpartizipation fest (s. Abb.). Zwar heißen die Veranstaltungen jetzt gerne „Bürger:innenDialog“, von tatsächlicher Teilhabe an Entscheidungen über die Zukunft der Stadt sind wir

in München aber nach wie vor meilenweit entfernt. Ansätze wie das Bürger:innengutachten zum Museumsquartier (Freistaat) oder zum Viktualienmarkt (LH München) sind echte Ausnahmen und entfalten wenig Wirkung. Verfasste Mitbestimmungsrechte der Stadtbezirke werden von Stadtrat und -verwaltung bestenfalls zur Kenntnis genommen.

Woran liegt das? Zum einen an den Bedenken – ja, der Angst – der formal Zuständigen vor dem

Verfahrensart	Veranstaltungsformat	Entscheidungskompetenz	Partizipationstyp
demokratisch	Parlament	Entscheidungsmacht	Selbstverwaltung
kooperativ	Bürger:innenräte?	In allen relevanten B.	Beteiligung
	Bürger:innengutachten	In Teilbereichen	Beteiligung
	Bürger:innenversammlung	Mitbestimmung	Beteiligung
konsultativ	Dialog-Veranstaltung	Evtl. Themenpriorisierung	Scheinpartizipation
	Anhörung (formell)	keine	Scheinpartizipation
informativ	Informations-Veranstaltung.	keine	Scheinpartizipation
manipulativ	Marketingveranstaltung	keine	Instrumentalisierung

Abb.: Beteiligungsstufen

TABELLE © ENTWURF VON SVEN SIEBERT NACH ARNSTEIN (1969) „BETEILIGUNGSEITER“

ungewissen Prozessverlauf. Zum andern an einem gewissen Dualismus von Betroffenheit und Eigeninteressen. Die Menschen nehmen Beteiligungsangebote eher wahr, wenn sie sich selbst davon betroffen fühlen. Aber konstruktive Lösungen werden von spezifischen Eigeninteressen oft erschwert. Das gilt sicher mehr in der Bau- als in der Freiflächenplanung und stärker für den Bestand als für den Neubau. Unabhängig von diesem inneren Konflikt wäre ein wichtiger erster Schritt, Betroffene – sogenannte Expertinnen und Experten in eigener Sache – konsequent bei anstehenden Planungen einzubinden, indem sie informiert und konsultiert werden. Denn selbst diese unterste Stufe der Beteiligungsleiter (s. Abb.) wird von den Fachleuten gerne mit dem Hinweis verhindert, es würde schon an alles gedacht und alle Auflagen eingehalten. Dafür gäbe es ja schließlich Fachleute. Dass dabei nicht selten nur die zweitbeste Lösung herauskommt, kann man sich an vielen Stellen in München ansehen. Dabei wäre mit einem ehrlichen „Wir fragten, Sie sagten, wir taten“ schon viel gewonnen. Sozusagen Teilhabe durch Stimmerhebung (»Voicing«) statt Stimmabgabe (»Voting«). Aber die vielen vermeintlich partizipativen Dialog-Veranstaltungen kranken schon an der fehlenden Transparenz und Verbindlichkeit. Weder werden Prozessverläufe noch daraus resultierende Entscheidungen kommuniziert – beispielsweise Dokumentationen im Internet zum Download bereitgestellt – wenn die Veranstaltung erstmal abgehalten ist. Dabei ist der Unmut der Bürgerinnen und Bürger gut dokumentiert, wie das Planungsreferat im „Perspektive München“-Report selbst schreibt (LHM 2012).

Die Frage ist auch, wer wie beteiligt wird. Menschen in sozial belasteten Lebenslagen, mit Migrationshintergrund, in Unterkünften oder Pflegeeinrichtungen sind nur selten Willens oder in der Lage, den üblichen Komm-Strukturen zu folgen. Oder – wenn Dialoge online ablaufen – sie verfügen häufig nicht über ausreichende Ausstattung mit digitaler Technik oder Kompetenz. Ganz entscheidend für den Erfolg von Beteiligungsangeboten ist daher eine bedarfsgerechte Ansprache, die an den Themen und Kommunikationswegen der spezifischen Adressatengruppen ansetzt. Dazu zählen zum Beispiel Hausbesuche, In-House-Workshops, gemeinsame Spaziergänge, Straßensozialarbeit und andere „unübliche“ Verfahren. Aber es fehlt noch mehr: Wird eine Planung trotz eines erprobten Verfahrens wie der Erstellung eines Bürgergutachtens nicht transparent und zeitnah umgesetzt, ist die Frustration bei allen Beteiligten groß. Unter anderem zu beobachten beim Museumsquartier. Wenn Planungen trotzdem gelingen, liegt es oftmals weniger an dem gewählten Verfahren,

sondern an der Bereitschaft einzelner Planerinnen und Planer, auf die Wünsche und Ideen der Betroffenen einzugehen und gut zu kommunizieren. Als positives Beispiel kann hier die Planung zum Umbau der Viktualienmärkte genannt werden.


Wichtig wäre also ein Perspektivenwechsel zu weniger Scheinbeteiligung und mehr echten Mitwirkungsmöglichkeiten in einer neuen Beteiligungskultur. Minimalanforderungen wären

- frühzeitige und umfassende Information,
- verlässliche Verfahren mit verbindlichen Regeln,
- ergebnisoffene öffentliche Diskurse,
- transparente Gestaltung der Planungs- und Entscheidungsprozesse.

München verspricht zwar: „die Stadt ermöglicht und fördert die verbindliche Mitarbeit und Mitentscheidung auf allen Ebenen und für alle Gruppen“ (LHM 2020). Tatsächlich findet man unter dem Stichwort „Bürgerbeteiligung“ auf 120 Seiten Jahresrückblick 2019 keinen einzigen und auf der Rathausseite im Internet einen einzigen Beitrag, der sich außerhalb der politischen Gremien mit Partizipation von Laien beschäftigt – zur Spielplatzplanung! (vgl. BauRef 2020). Auch im aktuellen Koalitionsvertrag wird Partizipation und Teilhabe auf allen Ebenen versprochen. Darauf – und auf die geplante „Fachstelle für Partizipation und Bürgerbeteiligung“ – darf man auf jeden Fall gespannt sein. Diese könnte dann auch gleich verbindliche und einheitliche Regeln für eine breite Bürgerbeteiligung formulieren. Schließlich gibt es inzwischen genügend gute Beispiele aus anderen Städten (z.B. Bonn, Heidelberg, Wuppertal), die sich Leitlinien zur Beteiligung gegeben haben – und sich auch daran halten.


*Sven Siebert moderiert seit 25 Jahren öffentliche Diskurse, Dialogveranstaltungen und Partizipationsverfahren. Die Themen reichen von den allgemeinen Lebenswissenschaften, über alle Felder der Stadtentwicklung bis zur örtlichen Teilhabeplanung.*

[go@sciencedialogue.de](mailto:go@sciencedialogue.de) 

[www.sciencedialogue.de](http://www.sciencedialogue.de) 

### Zum Weiterlesen:

Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: AIP Journal, 35 (4), S. 216–224.

Baureferat (2020): <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/baureferat/buergerschaftliches-engagement/buergerbeteiligung.html>  (Abruf 28.7.2020).

LH München (2012): „Perspektive München“ Report 4, 2012, S. 1 und 4.

LH München (2020): Perspektive München. Fortschreibung 2010, S. 30.

# Konkrete Kommunalpolitik – oder: **Mein Leben als BA-ler in Trudering-Riem**

GEORG KRONAWITTER

Das Leben eines Graswurzel-Kommunalpolitikers in München – als solcher muss man nicht Mitglied einer grünen Partei sein – findet in der Regel in den 25 Münchner Bezirksausschüssen (BA) statt. Seit 27 Jahren bin ich Mitglied im östlichsten BA Münchens in Trudering-Riem, war eine Amtsperiode sogar Vorsitzender und anschließend auch Mitglied im Stadtrat. So einer kann sicher viel zum Thema Bürgerbeteiligung sagen. Nun ja, das habe ich früher in meiner Sturm- und Drangzeit intensiv betrieben, habe sogar die LHM verklagt wegen Missachtung der BA-Rechte bei der Benennung von Straßen und Plätzen. Ich unterlag aber. OB Ude reizte ich dabei so sehr, dass er um 2007 herum die Ausweitung der BA-Entscheidungsrechte davon abhängig machte, dass die BA-Vorsitzenden sich an mir kein Vorbild nehmen.

10 Jahre vorher, 1997, klang das noch etwas anders: „Wissen nicht die Pasinger selbst am besten, wie ein Platz in Pasing gestaltet werden soll und welche Vereine vor Ort besonders förderungswürdig sind? Haben nicht die Bezirksausschüsse des jeweiligen Viertels viel mehr Orts- und Sachkenntnis als Stadtratsmitglieder vom anderen Ende der Millionenstadt?“

Der so schrieb, war niemand anderer als OB Ude in der Festschrift 50 Jahre Münchner Bezirksausschüsse. Zwei Jahre zuvor, 1995, hatte ein Volksbegehren nicht nur Bürgerentscheide gebracht, sondern den Münchner BAs die Tür zu Entscheidungsrechten geöffnet. Ein echter Meilenstein.

## **Das Leben als Vermittler und Hoffnungsträger**

Gleichwohl hält sich die Ausübung von Entscheidungsrechten auch 25 Jahre nach ihrer Einführung in der Praxis jedes BAs in Grenzen. Klar, die Förderung örtlicher Initiativen und Projekte durch Geld-Zuschüsse funktioniert ganz gut. Aber jeder Gemeinderat einer Nachbargemeinde hat wesentlich mehr Entscheidungsrechte als ein Münchner BA, auch wenn der im Mittel immerhin 50.000 Einwohner repräsentiert.

Das schlägt unmittelbar auf die Bürgerbeteiligung durch: Hat ein Umlandgemeindegänger den 1. Bürgermeister und/oder den Gemeinderat von einer Idee überzeugt, dann wird diese in der Regel auch durchgesetzt – und zwar relativ schnell.

In München überzeugt der Gemeindegänger den örtlichen BA, aber dieser entscheidet nicht, sondern reicht diese Idee im positiven Fall unterstützend an OB oder Stadtrat weiter. Und dann heißt es, Geduld zu haben.

In beiden Fällen (Umlandgemeinde oder Millionenstadt) wird der Gemeinderat/ Bezirksausschuss

ein „Gemeinwohl-Filter“ anschalten, durch das das Bürgeranliegen „durch muss“.

Ein praktisches reales Beispiel: In einer städtischen Grünanlage soll der existierende Kleinkinder-Sandspielplatz erweitert werden und dabei auch Spielgeräte für größere Kinder bekommen. Man glaubt nicht, wie vehement sich unmittelbare Anwohner und Anwohnerinnen vor dem örtlichen BA dagegen in Stellung bringen können. Menschen, die notabene selbst mehrere Kinder großgezogen haben. Hier ist es gut, wenn diese Art von Bürgerbeteiligung aus Gemeinwohlgründen schon beim BA ihre Endstation findet.



Abb.: Ein Spielplatz im Bajuwarenpark, Trudering, München

FOTO © WIKIMEDIA COMMONS, RUFUS46

Ich will aber mit einem positiven Beispiel enden: Mich erreichen gerade einige analoge Dankesbezeugungen von Mitbürgerinnen (sic!), die unabhängig voneinander selbst schon gescheitert sind, „die Stadt“ davon zu überzeugen, einen von Radlern vielbefahrenen, oft matschigen Waldweg („Breites Geräum“) gescheit herzurichten. Typischerweise hatten sie sich an einen städtischen Mitarbeiter gewandt, der versprach, „das weiterzugeben“. Oder sie hatten direkt an die Stadt geschrieben. Geschehen ist – nichts.

In der letzten Bürgerversammlung (2019) fand dieses Anliegen eine überwältigende Mehrheit. Als rein örtliche Angelegenheit erreichte die Beschlussvorlage schließlich den BA – immerhin als Entscheidungsangelegenheit.

Verwundert las der BA, dass auch die Stadtverwaltung die Intention der Bürgerversammlungsempfehlung voll teilte und der betreffende Waldweg auch schon Teil eines wichtigen Radnetzes sei.

Aber – leider, leider – führe der Weg durch Privatwald mit mehreren Eigentümern, und – aufgepasst! – deren Adressen seien der Stadt unbekannt.

STANDPUNKTE-Leser (m/w/d) ahnen es: diese Argumentation kam beim BA 15 gar nicht gut an. Hier

reichte schon mein Hinweis, dass für die Zustellung der städtischen Grundsteuerbescheide die Waldbesitzeradressen wohl schon bekannt sein dürften.

Unser BA änderte den Beschluss dahingehend ab, dass die Stadt noch in 2021 ein Konzept vorlegen solle, wie der Waldweg ertüchtigt werden könne.

Und: Ein kleines Wunder geschah: die Stadtverwaltung akzeptierte diesen BA-Beschluss und will nun „liefern“. Und viele Bürger/innen glücklich machen.

*Dr. Georg Kronawitter ist Elektroingenieur, war Stadtrat von 2008 bis 2014 und ist Mitglied im Programmausschuss des Münchner Forums.*

## Memento 1945

# Re-Education Campaign unter dem Sternenbanner: Town-Meeting, Bürgerversammlung und Bezirksausschüsse

KLAUS BÄUMLER

Angesichts der aktuellen politischen Entwicklung in den USA unter Präsident Donald Trump ist an den positiven Einfluss zu erinnern, den die amerikanische Militärverwaltung unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg auf die „Demokratisierung des politischen Lebens“ in Bayern hatte. Im Rahmen der „Re-Education Campaign“ und der demokratischen Erneuerung unter dem Sternenbanner führte das Office of Military Government for Germany (OMGUS) in Bayern sogenannte „Town-Meetings“ ein, aus welchen die heute selbstverständliche Institution Bürgerversammlung hervorging. Dieses basis-demokratische Element war im kommunalpolitischen Leben – in Konkurrenz zum gewählten Stadtrat oder Gemeinderat – ein völlig neues Novum. Dabei ergaben sich gerade in kleineren Gemeinden oft Konflikte zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen.

**T**own-Meetings als Urform der Versammlungsdemokratie gehen unmittelbar auf die Entstehung der amerikanischen Verfassung 1778/1780 in den Neuengland-Staaten zurück. Über diese Verfassung wurde basis-demokratisch in Town-Meetings abgestimmt.

Die „Re-Education Campaign“ verfolgte das Ziel, die Eigen- und Mitverantwortung der Bürgerschaft für ein lebendiges, demokratisches Gemeinwesen zu fördern. Neben der Einführung der Bürgerversammlung wurde in München mit der Bildung von Bezirksausschüssen das Prinzip der direkten Demokratie in einer Großstadt mit dem Ziel der Dezentralisierung konkretisiert.

Bei der Einrichtung der Bezirksausschüsse im Jahr 1947 konnte auf die Stadtbezirksgliederung und die Distriktseinteilung sowie die Institution der

Distriktsvorsteher zurückgegriffen werden, die ein Amerikaner bereits Ende des 18. Jahrhunderts in der königlichen Haupt- und Residenzstadt München eingeführt hatte.

Dieser Amerikaner war Graf Rumford, alias Benjamin Thompson (1753-1814), der unter Kurfürst Karl Theodor in den Jahren 1788-1796 besondere Verdienste u.a. als Reformator des Heeres, der Wirtschaft und als Stadtplaner



Abb.: Benjamin Thompson

FOTO © GEMÄLDE VON THOMAS GAINSBOROUGH, 1783

erworben hatte. Vom politischen Umbruch in den Neuengland-Staaten beeinflusst, befasste er sich in München u. a. als Sozialreformer intensiv mit dem sog. Bettlerunwesen und führte eine Art „Sozialhilfeverwaltung“ ein, wobei er sich der ehrenamtlichen Mithilfe der Bürgerschaft bediente. Dazu schuf Graf Rumford kleine, überschaubare Einheiten, die sog. Distrikte. Zugleich führte er das Ehrenamt des „Distriktskommissars“ ein, der als Bürger seine Orts- und Personenkenntnis in den Dienst der Wohlfahrtspflege zu stellen hatte. Für jeden Distrikt bestellte Rumford einen Distriktskommissar, der die persönlichen Verhältnisse der Hilfebedürftigen in seinem Distrikt zu untersuchen hatte.

Durch das Gemeindeedikt von 1818 wurde das von Graf Rumford entwickelte System unter dem neuen Begriff „Distriktsvorsteher“ zur Stärkung des bürgerschaftlichen Elements gesetzlich abgesichert. Die Distriktsvorsteher wurden dem Magistrat zur „Beyhülfe untergeordnet“. 1870 war München in 12 Stadtbezirke mit 120 Distrikten eingeteilt. Die jeweiligen Distriktsvorsteher eines Stadtbezirks bildeten eine „Obmannschaft“ und wählten aus ihrer Mitte einen Obmann. Die Obmänner aller Stadtbezirke bildeten einen „Obmänner-Ausschuss“, dieser wählte einen „Führer“.

Das geringe öffentliche Ansehen der Distriktsvorsteher, auch in den nachfolgenden Jahrzehnten, zeigt sich u. a. darin, dass dieses kommunale Ehrenamt heute selbst in der einschlägigen Spezial-Literatur nicht einmal mehr in Stichwortverzeichnissen auftaucht.

*Klaus Bäumler ist 2. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums, dort Leiter des Arbeitskreises „Öffentliches Grün“, von 1978 bis 2008 Vorsitzender des Bezirksausschusses Maxvorstadt und Richter (rtd.) am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof.*

### Zum Weiterlesen:

Silvano Möckli: Direkte Demokratie in den USA. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 44, 1996, S. 565-581.

*Silvano Möckli deckt den verblüffenden ideengeschichtlichen Kreislauf der direkten Demokratie über den Atlantik hinweg auf. Das amerikanische Verfassungsreferendum von 1778 beeinflusste die Autoren der Menschen- und Bürgerrechtsdeklaration der Französischen Revolution. Über Frankreich gelangten die aktuellen direktdemokratischen Ideen in die Schweiz. Ab 1900 wurden in den US-Bundesstaaten direktdemokratische Institutionen nach Schweizer Vorbild eingeführt. In etwa der Hälfte der amerikanischen Bundesstaaten wird bis heute eine intensiv gelebte direkte Demokratie praktiziert. Mit Blick auf die bayerische „Bier- und Biergarten-Kultur-Volksbewegung“ unter dem Motto „Lärm im Biergarten gilt nicht als Lärm“ ist eine Volksabstimmung in Massachusetts im Jahr 1920 zu erwähnen. Die Bürger bestimmten durch „Volksgesetz“, dass Bier kein berauschendes Getränk sei und deshalb nicht der Prohibition unterliege.*

Karl Bauer: Die Armenpflege in München, München 1850.

Franz Xaver Peintinger: Wohlfahrtswesen und Wohlfahrtsrecht in München von 1806-1848, München 1952

Henry Ries: Deutsche, Gedanken und Gesichter 1948-1949. Erste deutsche Ausgabe 1988. Amerikanische Originalausgabe „German Faces“, New York 1950.

*Henry Ries, Angehöriger der US-Armee, dokumentiert das komplizierte Zusammenleben von Einheimischen und Flüchtlingen am Beispiel Mittenwalds und überliefert authentisch die schwierige Akzeptanz der von der Militärregierung eingeführten „Town-Meetings“.*

Herbert Spiecker: Reform der Münchner Bezirksausschüsse. In: Münchner Forum / Argumente und Kommentare Nr. 10, München 1993.

Festschrift, 50 Jahre Münchner Bezirksausschüsse, München 1997

### Hier können Sie sich informieren bzw. engagieren:

BürgerBündnis München: <https://bürgerbündnis-münchen.de/> 

Bürgerdialog Online: <https://buergerdialog.online/buergerinitiativen-muenchen/> 

München transparent: <https://www.muenchen-transparent.de/> 

MunichWays: <https://www.munichways.com/> 

München Liste: [https://www.muenchen-liste.de](https://www.muenchen-liste.de/) 

Bürgerinitiative München: <http://www.bi-muenchen.de/> 

Netzwerk Bürgerbeteiligung <https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/> 

oder bei uns in einem der Arbeitskreise: <https://muenchner-forum.de/mitmachen/arbeitskreise/> 



# Projekte können wir alle!

## München braucht neue Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendbeteiligung

MARION SCHÄFER

Über 1.200 junge Münchner\*innen wirkten an einer groß angelegten Umfrage von Münchner Kindern und Teenagern mit, mit der die aktuelle Stimmung in der Altersgruppe der 9- bis 14-jährigen in Zeiten der Corona-Pandemie und der krisenregulierenden Maßnahmen erfasst wurde. Der Arbeitskreis Kinder- und Jugendbeteiligung hat sie zur Vorbereitung des I. virtuellen Kinder- und Jugendforums im Juli 2020 durchgeführt.

*„Mich stört es sehr, wie alles entschieden wird. Ich bin alt genug und weiß, dass das meiste, was für uns eingeschränkt wurde, einen guten Grund hatte. Ich und viele andere aus meiner Klasse hätten uns sehr gefreut, wenn wir auch Mitspracherecht hätten. Ich weiß, im Endeffekt liegt die endgültige Entscheidung nicht bei uns, jedoch denke ich, wir hätten viele andere Lösungen gefunden, die nicht so absurd klingen wie: Ihr dürft nicht in den Pausenhof, sonst kriegt ihr einen Verweis ohne Widerworte, aber hey!, kommt alle gleichzeitig in die Mensa und kauft unser Schulessen, das absolut überteuert ist und ungenießbar aussieht.“* So lautet die Antwort eines 12-jährigen Jungen auf die Frage ‚Gibt es zurzeit etwas, das dich besonders bedrückt?‘ Das Statement des Teenies bringt deutlich zum Ausdruck, dass sich

ihre Interessen und Bedürfnisse in der Stadt nicht ausreichend berücksichtigt werden – was durch die Corona-Pandemie noch verstärkt wurde. Ein ernüchterndes Ergebnis für eine Stadt, die sich schon sehr früh auf den Weg gemacht hatte, den Stimmen der jungen Einwohner\*innen Gehör und Einfluss zu verschaffen.

### Es war einmal: München als Vorreiter in Sachen Partizipation

Etwa zeitgleich mit dem Inkrafttreten der UN-Kinderrechtskonvention 1989 entwickelten sich in München erste Ansätze zur Kinder- und Jugendbeteiligung: Kinder- und Jugendforen im Rathaus und in den Stadtteilen, Kinder- und Jugendbeauftragte in den Bezirksausschüssen, erste Beteiligungsaktionen

bei kommunalen Projekten. 1993 trat das Gesamtkonzept Kinderpolitik in München in Kraft, die Landeshauptstadt galt bundesweit als Vorreiter in Sachen Kinder- und Jugendbeteiligung.

Trotz des langjährigen Engagements vieler Akteure auf unterschiedlichen Ebenen ist es bisher noch nicht gelungen, die – zugegebenermaßen hochgesteckten – Ziele aus der Pionierphase zu erreichen: Die Stadt zum Lern- und Erfahrungsort für demokratisches Handeln zu machen und Kindern und Jugendlichen von klein auf, an unterschiedlichen Orten ihres Alltags (Kita, Schule, Wohnumfeld, Stadtteil, Verein...) systematisch

und kontinuierlich Anlässe zur Mitbestimmung und Mitgestaltung zu eröffnen.

Neben den fehlenden Gelegenheiten schrecken immer noch viele pädagogische Fachkräfte davor zurück, Mädchen und Jungen zum Engagement im



FOTO © MARION SCHÄFER

Abb. 1: Mitreden und mitentscheiden beim Kinder- und Jugendforum im Rathaus

Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung der Krise übergangen fühlen. Zudem bestätigt es die Ergebnisse der letzten beiden Jugendbefragungen der Stadt in den Jahren 2012 und 2016, in der die Mehrheit der Jugendlichen zum Ausdruck brachte,

kommunalen Raum zu ermutigen. Dabei spielen sowohl fehlende personelle Ressourcen, die Aussicht auf langwierige Prozesse, mangelnde fachliche Unterstützung sowie Angst vor Misserfolgen eine Rolle. Es muss sich für Kinder und Jugendliche lohnen, sich zu beteiligen, doch die Umsetzung der Anliegen ist mühsam und oft frustrierend: Vieles ist vom Wohlwollen und Interesse einzelner abhängig, es fehlen in der Verwaltung verbindliche politische Aufträge, verlässliche Strukturen, Verfahren, Maßnahmen und Ressourcen, die die Ideen und Bedürfnisse von Münchner Kindern und Jugendlichen aufgreifen, unterstützen und zielgruppenorientiert umsetzen.

### Wir sind auf dem Weg, aber entscheidende Schritte fehlen

Nicht, dass die Landeshauptstadt nichts vorzuweisen hätte, die Habenseite lässt sich durchaus sehen: Mit viel Engagement und Beharrlichkeit haben viele Akteure in der Verwaltung, der Politik und der Kinder- und Jugendkulturarbeit in kleinen Etappensiegen vieles erreicht. Neben nur wenigen strukturell etablierten Teilnehmungsformaten und -gremien wie den Kinder- und Jugendforen, der Stadtschüler\*innenvertretung und der regelmäßigen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch das Baureferat/Gartenbau bei der Gestaltung von Spielplätzen und Skateanlagen gibt es eine Fülle punktuell spannender Praxisprojekte, die jungen Münchner\*innen die Gelegenheit geben, ihre Interessen in den kommunalen Raum einzubringen wie z.B.

- Kinder- und Jugendsprechstunden bzw. -versammlungen in einzelnen Bezirken,
- Einsatz der Methodensets Kinder-Aktions-Koffer und Kita-Stadtteil-Koffer in einem Stadtteil jährlich,
- Fachliche Unterstützung von Jugendinitiativen z.B. im Stadtteil Neuperlach: „Light at skate-night“ – Beleuchtung einer Skateanlage,
- Teilnehmungsbudget für stadtweite Jugend-Mikroprojekte und Kinder- und Jugendfonds in zwei Münchner Stadtteilen u.v.m.

Wir wissen hier in München im Prinzip „wie es geht“. Es gibt keinen zu geringen Wissens- und Erkenntnisstand in Bezug auf Partizipationsmodelle, -methoden und -strukturen. Dafür sorgen u.a. der seit 1989 existierende AK Kinder- und Jugendbeteiligung

und die referats- und trägerübergreifende AG Partizipation. Sie setzen sich für die Förderung und die systematische Verankerung der Kinder- und Jugendpartizipation ein und tauschen sich regelmäßig über geeignete Teilnehmungsformen, -strategien, -themen und -methoden aus. Darüber hinaus gibt es eine Koordinierungsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung und ein Büro der Kinderbeauftragten im Stadtjugendamt, ehrenamtliche Kinder- und Jugendbeauftragte in den Bezirksausschüssen ... was ist dann eigentlich das Problem?

### Wo bleibt der politische Rückenwind? Von anderen Städten lernen

„Projekte können wir alle, als Klammer braucht es aber Teilnehmungskonzepte und -strategien und eindeutigen politischen Rückenwind!“ So leitete Dr. Heide-Rose Brückner ihren Vortrag beim Runden Tisch Kinder- und Jugendbeteiligung im Mai 2020 ein, den der AK Kinder- und Jugendbeteiligung alljährlich veranstaltet. Damit traf die Mitbegründerin und langjährige Geschäftsführerin des Vereins Kinderfreundliche Kommunen den Nagel auf den



Abb. 2: Drei Mädchen aus Neuaubing sind die Initiatorinnen des 1. Leihfahrrads für Kinder in Deutschland, das seit Oktober 2020 in Neuaubing ausleihbar ist – dank des Kinder- und Jugendfonds „Lasst uns mal ran!“

FOTO © MARION SCHÄFER

Kopf: Kinder- und Jugendbeteiligung war in München bisher kein wichtiges Politikfeld.

Mittlerweile gibt es bundesweit einige Kommunen, von denen sich München etwas abschauen könnte: In Kassel stellt eine Verfügung des Oberbürgermeisters sicher, dass Initiativen, die von Kindern und Jugendlichen ausgehen, von den städtischen Ämtern, die Beauftragte für Kinder und Jugendbeteiligung benannt haben, angenommen, unterstützt und zielgruppenorientiert umgesetzt werden. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist damit verbindlicher

Bestandteil der Arbeit der Fachämter. In der Kommune werden alle laufenden Beteiligungsprojekte, -vorhaben und -prozesse in einer Liste, in der auch alle Anträge aus Kinder- und Jugendforen aufgenommen werden, zusammengeführt. Bottom-up und Bottom-down-Anliegen werden gleichbehandelt. Zur vernetzten Bearbeitung von Kinder- und Jugendanliegen finden regelmäßig fünf Abstimmungstreffen pro Jahr statt, deren Ergebnisse in die strategische Kommunalentwicklung eingebunden sind. Die städtische Kinder- und Jugendbeauftragte vereinbart mit

es die Politik als Auftraggeber, damit sich – ausgestattet mit entsprechenden Ressourcen und Verfahren – Partizipation in der Verwaltung langfristig etablieren kann.

### **Kinder- und Jugendbeteiligung verbindlich verankern und ausbauen – jetzt!**

Eigentlich standen die Vorzeichen, den Rechtsanspruch auf Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Stadtgesellschaft und der Verwaltung verbindlich umzusetzen, seit dem Sommer 2019

nicht schlecht: Damit junge Münchner\*innen zukünftig systematischer an kommunalen Entscheidungen beteiligt werden und ihre Bedürfnisse in der Verwaltung auf einen fruchtbaren Resonanzboden treffen und entsprechende Unterstützung finden, hat der Stadtrat im Juli 2019 ein neues Rahmenkonzept Kinder- und Jugendbeteiligung in Auftrag gegeben. Außerdem hat die Kinder- und Jugendbeteiligung Eingang in den im Mai 2020 verkündeten



FOTO © MARION SCHÄFER

den Vertreter\*innen der Fachämter und freien Träger, wie die laufenden Anliegen aus der Liste befördert und umgesetzt werden können. Dieses Verfahren sorgt für Transparenz über Verfahrensstand, Entscheidungswege, Zuständigkeiten und Zeiträume.

In Wolfsburg ist die Koordinierungsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Dreh- und Angelpunkt zur Beförderung, Abstimmung und Koordinierung der Beteiligungsprozesse in der Stadt und Schnittstelle zu Politik und freien Trägern. Eine Organisationsverordnung regelt die Rechte und Befugnisse der Koordinierungsstelle gegenüber den Referaten. Die Stelle kann direkt auf Referent\*innen zugehen und Abteilungen bzw. Mitarbeiter\*innen ins Boot holen, die nötig sind, um Kinder- und Jugendanliegen zu befördern.

In Weil am Rhein hat die Kommune zur Schaffung effektiver Strukturen und Prozesse einen Verwaltungsleitfaden entwickelt. Bei der Erarbeitung, an der Verwaltungsmitarbeiter\*innen maßgeblich mitwirkten, war es wichtig, den Sinn von Partizipation zu vermitteln, aber auch Erfahrungen, Bedenken und Ideen ernst zu nehmen, damit Denkmuster verändert, eine partizipative Haltung (ergebnisoffen, prozessorientiert) sowie Vorstellungen über die Chancen von Partizipation entwickelt werden konnten.

Fazit: Damit Beteiligung als zentrales Thema in allen Referaten präsent und verbindlich wird, braucht

Koalitionsvertrag der neuen grün-roten Stadtregerung gefunden.

Kinder- und Jugendbeteiligung muss professionell gemacht und abgesichert werden. Jetzt muss die Politik entscheiden, welchen Stellenwert sie dem Thema – auch unter dem Spardiktat der Coronapandemie – zukünftig einräumen wird. Ein neues Rahmenkonzept, auf das sich alle Akteure berufen können und das auf allen Ebenen Ressourcen bereit hält, könnte die Grundlage dafür bilden, dass München wieder zum Vorreiter in Sachen Kinder- und Jugendbeteiligung wird.

*Marion Schäfer, Kulturpädagogin und Trainerin von Prozessmoderator\*innen für Kinder- und Jugendbeteiligung, ist Mitarbeiterin und Vorstand des Münchner Vereins Kultur & Spielraum e.V., der als Träger der Jugendhilfe im Auftrag der Stadt München Projekte zur kulturellen und politischen Bildung für Kinder, Jugendliche und Familien organisiert. Sie ist Mitglied im Arbeitskreis Kinder- und Jugendbeteiligung, der von Trägern der Kinder- und Jugend(kultur)arbeit gestaltet wird und sich zusammen mit vielen Partnern dafür einsetzt, dass Kinder und Jugendliche an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilnehmen und ihr Lebensumfeld mitgestalten können. Der Arbeitskreis veranstaltet jedes Jahr den Runden Tisch Kinder- und Jugendbeteiligung, der die stadtweite Vernetzung der Akteure der Kinder- und Jugendbeteiligung fördert und neue Impulse zur Kinder- und Jugendpartizipation setzt.*

---

Eigentlich veröffentlichen die Standpunkte keine offensichtlichen Werbeatikel – auch keine Schleichwerbung. Aber keine Regel ohne Ausnahme: dieser Artikel spricht sich für die Nutzung der Internetseite [www.muenchen-transparent.de](http://www.muenchen-transparent.de) <sup>↗</sup> aus. Der Grund ist naheliegend: Bürgerbeteiligung setzt voraus, dass sich Bürger (m/w/d) gut über kommunalpolitische Zusammenhänge informieren können – in Einzelfällen auch im Zugriff auf Basisdokumente.

---

**N**ach wie vor ist eine journalistisch saubere Lokalberichterstattung in den Printmedien unverzichtbar, zumal wenn die Artikel über Jahre hinaus im Internet-Archiv frei zugänglich bleiben. Das ist je nach Medium in unterschiedlich ausgeprägter Weise der Fall – aber doch erfreulich oft. Das Schöne am Lokaljournalismus: man bekommt eine aufbereitete, oft aufs Wesentliche konzentrierte Sicht auf Themen.

Seit knapp zwei Jahrzehnten ist das Münchner Rats-Informationssystem (RIS) im Einsatz ([www.ris-muenchen.de](http://www.ris-muenchen.de) <sup>↗</sup>). Zunächst beschränkt auf Stadtratsvorgänge wurde es 2004/2005 auch auf die 25 Münchner Bezirksausschüsse ausgedehnt. Während die Stadtratsvorgänge von Anfang an komplett im RIS elektronisch hinterlegt waren, wies das BA-RIS jahrelang ärgerliche Lücken auf. Vornehmlich wohl deswegen, weil die Verwaltung ihrer Einstellpflicht nicht nachkommen wollte. Mittlerweile hat sich die Situation zwar deutlich gebessert, aber nach wie vor fehlen wichtige Antwortschreiben der Verwaltung im öffentlichen BA-RIS, das für jedermann zugänglich ist.

## Der etwas andere Blick

Immerhin wurde schon in der Amtsperiode 2008/2014 die städtische RIS-Datenbank für die Nutzung durch Dritte geöffnet („OpenRIS“). D. h. pfiffige Programmierer können die identischen Datensätze nutzen, wie sie der Nutzeroberfläche auf [www.ris-muenchen.de](http://www.ris-muenchen.de) <sup>↗</sup> zugrunde liegen.

Der Münchner IT-Freelancer Tobias Hößl ([www.hoessl.eu](http://www.hoessl.eu) <sup>↗</sup>) stellte dann im Januar 2015 seine RIS-Oberfläche [www.muenchen-transparent.de](http://www.muenchen-transparent.de) <sup>↗</sup> vor. Um ein Bild vom Eiskunstlauf zu verwenden: [www.muenchen-transparent.de](http://www.muenchen-transparent.de) <sup>↗</sup> unterscheidet sich von [www.ris-muenchen.de](http://www.ris-muenchen.de) <sup>↗</sup> wie die Kür von der Pflicht. Am besten sieht man das im Selbstversuch, wenn man beide Seiten vergleicht.

Hier soll nur auf einen besonders wichtigen Service von [www.muenchen-transparent.de](http://www.muenchen-transparent.de) <sup>↗</sup> hingewiesen werden: Man kann sich gezielt automatische eMail-Benachrichtigungen zuschicken lassen, wenn ein Dokument, das neu ins RIS eingestellt wurde, bestimmte, individuell vorgebbare Stichworte enthält.

Ist man z. B. an allen RIS-Dokumenten interessiert, die etwas mit „Freiham“ zu tun haben, muss man eine (weitere) Suchanfrage aufsetzen, die als Stichwort „Freiham“ enthält. Klingt einfach und ist es auch. Mein Rat: noch heute ausprobieren!

*Dr. Georg Kronawitter ist Elektroingenieur, war Stadtrat von 2008 bis 2014 und ist Mitglied im Münchner Forum.*



# Volksentscheid vor 25 Jahren

## Ein Quantensprung für die basis-demokratische Partizipation

KLAUS BÄUMLER

Nach jahrelangen wissenschaftlichen und politischen Diskussionen über die Bedeutung plebiszitärer Elemente in der repräsentativen Demokratie veränderte sich mit der Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid durch den Volksentscheid vom 1. Oktober 1995 die kommunalpolitische Landschaft in Bayern grundlegend. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sind heute nach 25 Jahren selbstverständliche Instrumente direkter Demokratie in bayerischen Städten und Gemeinden. Für die Münchner Bürgerschaft hatte der Volksentscheid eine besondere Bedeutung. Mit der dadurch bewirkten Änderung der Bayerischen Gemeindeordnung – Art. 60 BayGO – wurde die demokratische Legitimation der Münchner Bezirksausschüsse durch unmittelbare Wahl geschaffen und damit die Übertragung von Entscheidungsrechten ermöglicht.

### **Bürgerbegehren und Bürgerentscheid**

Es ist daran zu erinnern, dass Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Bayern nicht auf einem vom bayerischen Landtag erlassenen Gesetz beruhen, sondern durch den Volksentscheid vom 1. Oktober 1995 aufgrund einer Initiative des Vereins „Mehr Demokratie“ erstritten wurde. Durch das von den Bürgern des Freistaats Bayern beschlossene Gesetz verschafften diese sich ein wichtiges Entscheidungsrecht im unmittelbaren Lebensbereich ihres örtlichen Gemeinwesens.

Das Bürgerbegehren hat sich zum wesentlichen Element direkter Demokratie entwickelt. An Skeptikern hat es nicht gefehlt, die damals den 1. Oktober 1995 als „schwarzen Tag für die kommunale Selbstverwaltung in Bayern“ bezeichnet haben. Dabei wurde verkannt, dass die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Mandatsträgern und „Stimmvolk“ überwiegend positive Aspekte aufweist. Die bisher allein durch politische Zweckmäßigkeit und partielle gerichtliche Nachprüfbarkeit kommunaler Entscheidungen begrenzte Machtvollkommenheit der „Repräsentanten“ muss sich seit 1995 durch das Instrument des Bürgerbegehrens auch zwischen den Wahltagen hinterfragen lassen. Umstrittene Projekte müssen von den kommunalen Entscheidungsträgern jetzt überzeugender vertreten werden. Die Position der Bürgergesellschaft wurde zweifellos gestärkt. Ob sich dabei in den letzten 25 Jahren generell eine neue politische Kultur des Überzeugens, neue Formen des Umgangs zwischen Mandatsträgern, Kommunalverwaltung und Bürgerschaft entwickelt haben, bedarf einer gründlichen Untersuchung.

Seit 1995 hat es landesweit in Bayern rund 3.200 Bürgerbegehren gegeben, in knapp 2.000 Fällen kam es zu einem Bürgerentscheid. Die Erfolgsquote

ist beachtlich. In etwa 1.000 Fällen setzten sich die Initiatoren des Bürgerbegehrens mit ihrem Anliegen durch.

### **In München fanden folgende Bürgerentscheide mit besonderer Relevanz statt:**

23. Juni 1996:

#### **Bürgerentscheid für eine weitere Untertunnelung von Teilen des Mittleren Rings:**

In diesem ersten Bürgerentscheid in München war über das Bürgerbegehren „Drei Tunnel braucht der Ring“ und über die Alternative „Das bessere Bürgerbegehren“ abzustimmen. In der Stichfrage sprach sich eine kleine Mehrheit für den Bau von Petuertunnel, Richard-Strauss-Tunnel und einer Untertunnelung des Luise-Kiesselbach-Platzes aus.

21. Juni 2001:

#### **Bürgerentscheid Fußballstadion:**

Durch Bürgerentscheid kam es zum Neubau der heutigen „Allianz-Arena“ in Fröttmaning.

21. November 2004:

#### **Bürgerentscheid zum Bau von Hochhäusern:**

Das Bürgerbegehren „Initiative – Unser München“ erhielt eine knappe Mehrheit (50,8 % Ja-Stimmen). Künftig durfte im gesamten Stadtgebiet kein Gebäude mit einer Höhe von mehr als 100 m (= Höhe der Türme der Frauenkirche) errichtet werden. Die Bindungswirkung des Bürgerentscheids, der wesentlich von Alt-Oberbürgermeister Georg Kronawitter initiiert und zum Erfolg geführt wurde, ist längst abgelaufen.

Im Rahmen der aktuellen Diskussion über den Entwurf der neuen Hochhausstudie ist das Ergebnis des Bürgerentscheids von 2004 hoch aktuell.

17. Juni 2012:

### **Bürgerentscheid „Keine dritte Start- und Landebahn“:**

In München wurde durch Bürgerentscheid der Bau einer dritten Start- und Landebahn für den Flughafen München abgelehnt. Damit wurde die Stadt München als Mitglied der Betreibergesellschaft verpflichtet, in den Gremien der Flughafen München GmbH den Bau abzulehnen. Die gesetzliche Bindungsfrist von einem Jahr ist auch hier längst abgelaufen. Die faktische Bedeutung dieses Votums der Münchner Bürgerschaft ist offenkundig. Denn Ministerpräsident Markus Söder hat 2020 entschieden, dass das Projekt aktuell nicht weiterbetrieben wird.

10. November 2013:

### **Bürgerentscheid „Keine Winterolympiade 2022“:**

Die Durchführung der Winterolympiade 2022 war Gegenstand eines Bürgerentscheids in München, Garmisch-Partenkirchen und in den Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land. Mit mehr als 50 Prozent Gegenstimmen in allen Gemeinden wurde dieses Projekt abgelehnt.

5. November 2017:

### **Bürgerentscheid „Raus aus der Steinkohle“:**

Beim Bürgerentscheid „Raus aus der Steinkohle“ votierten 60,4 Prozent der Abstimmenden für die vorzeitige Stilllegung des Blocks 2 im Heizkraftwerk Nord bis 2022.

4. Juli 2019:

### **Bürgerbegehren „Förderung des Radverkehrs“:**

Zwei Bürgerbegehren zum Altstadt-Radring und zum Radentscheid München, unterstützt von 160.000 BürgerInnen, wurden am 4.07.2019 OB Dieter Reiter übergeben. In der Vollversammlung vom 24.07.2019 wurden die Forderungen der beiden Bürgerbegehren vom Stadtrat beschlossen. Zum Bürgerentscheid kam es daher nicht.

### **Aufwertung der Bezirksausschüsse zum kommunalen Entscheidungsorgan**

Für die Münchner Bezirksausschüsse brachte der Volksentscheid vom 1. Oktober 1995 im wahren Sinn des Wortes eine wirklich „entscheidende“ Fortentwicklung. Durch das „vom Volk des Freistaats beschlossene Gesetz“ erhielt die grundlegende Bestimmung des Art. 60 BayGO (= Bayerische Gemeindeordnung) wieder eine Fassung, die es dem Münchner Stadtrat ermöglichte, den über Jahrzehnte bewährten Bürgergremien Entscheidungsrechte zu übertragen.

Damit stellte der Volksentscheid jene Rechtslage wieder her, welche die Schöpfer der Bayerischen Ge-

meindeordnung bereits 1952 geschaffen hatten. Die unmittelbare Wahl der Bezirksausschüsse bewirkte nunmehr die uneingeschränkte demokratische Legitimation der Mitglieder der Bezirksausschüsse. Bis dahin wurden die BA-Mitglieder auf Vorschlag der Parteien vom Stadtrat berufen. Die Mitgliedschaft musste vom Stadtrat aberkannt werden, wenn ein BA-Mitglied von seiner Partei nicht mehr als Vertreter anerkannt wurde. Damit drohte der Verlust des kommunalen Ehrenamts, wenn ein BA-Mitglied – aus welchen Gründen auch immer – der Partei nicht mehr genehm war. Der ungute Zustand, durch eine einseitige Entscheidung eines Parteigremiums die Beendigung des kommunalen Mandats herbeiführen zu können, widersprach dem Wesen des kommunalen Ehrenamts.



FOTO © BÜNDNIS RADENTSCHEID MÜNCHEN

Abb.: Unterschriftenlisten Radentscheid

Erstmals 1996 hatte die Münchner Bürgerschaft die Möglichkeit, neben den Mitgliedern des Stadtrats auch die Mitglieder der Bezirksausschüsse unmittelbar zu wählen. Letztere erhielten dadurch die uneingeschränkte demokratische Legitimation.

Für die Münchner Bezirksausschüsse brachte damit das Jahr 1995 einen politisch-administrativen Quantensprung. Die 1995 bewirkte Stärkung des lokalen ehrenamtlichen Elements der Stadtteilvertretungen stellt ein notwendiges und ausgleichendes Gegengewicht gegenüber dem „Rathaus“ dar. Ein lebendiges demokratisches Gemeinwesen kann auf den Freiraum für Eigen- und Mitverantwortung der Bürgerschaft, das daraus erwachsende Engagement und den von ihr eingebrachten Sachverstand nicht verzichten.

Die vor 25 Jahren erfolgte Stärkung der Münchner Stadtteilvertretungen führte nicht zur Separation und Aufspaltung innerhalb der Gesamtstadt, sondern zur Integration der BürgerInnen, zum Einüben von Gemeinsamkeit und Zivilcourage und trägt zum sozialen Frieden und zu einer lebendigen Demokratie bei.

Durch das professionelle Verwaltungsmanagement der im Jahr 1997 eingerichteten BA-Geschäftsstellen wurde der Freiraum für eine noch intensivere konstruktive Arbeit eröffnet. Ohne die Geschäftsstellen wären die zusätzlichen Anforderungen des erweiterten Aufgabenprofils nicht mehr zu erfüllen gewesen.

Mit ungewöhnlich deutlichen Worten setzte sich der Bayerische Verwaltungsgerichtshof Anfang der 1950er Jahre für die Stärkung des lokalen bürgerschaftlichen Elements in der Großstadtverwaltung ein:

*„Die großstädtischen Verwaltungsapparate haben sich zu zentralisierten und spezialisierten Mammutbehörden entwickelt, deren nicht selten orts- und landfremde Beamenschaft den Anliegen und Bedürfnissen der ihr unbekanntten Bürger weit fremder gegenübersteht wie die mit den Verhältnissen [...] vertrauten Landratsämter. [...] Die großstädtische Bevölkerung durch eine lebendigere Fühlungnahme wieder näher an den Staat heranzuführen, muss heute als die Aufgabe einer auf Fundierung der Staatsordnung im Wege der Demokratisierung bedachten Staatsregierung angesehen werden“.*

Auch Christoph Masson, der als Schöpfer der Bayerischen Gemeindeordnung von 1952 gilt, hat seinerzeit vorausschauend in einem ebenso engagierten wie sachkundigen Plädoyer die heute noch gültige Begründung für die Aufgabenteilung zwischen Stadtrat, Stadtverwaltung und Bezirksausschüssen als lokalen bürgerschaftlichen Gremien gegeben:

*„Es gibt [...] viele weniger wichtige, ihrer Bedeutung nach auf Teile des Stadtgebiets beschränkte Angelegenheiten, deren Überlassung an die Stadtbezirke nicht nur die zentralen Organe entlastet, sondern auch den Gemeindebürgern eine willkommene Erleichterung gewährt.*

*Vor allem wird der einzelne Gemeindebürger, wenn er als gewähltes Mitglied seines Bezirksausschusses bei der Erledigung der Angelegenheiten seines Stadtbezirks mitwirkt, zu der gemeindlichen Selbstverwaltung wieder ein persönlicheres Verhältnis gewinnen und sich wieder als Glied einer örtlichen Gemeinschaft fühlen.*

*Der damit erzielte Fortschritt ist so bedeutsam, dass Schwierigkeiten verwaltungsmäßiger und finanzieller Natur, wie sie mit der Auflockerung der großstädtischen Verwaltung unstreitig verbunden sind, demgegenüber nicht entscheidend ins Gewicht fällt.“*

Die Münchner Bezirksausschüsse haben sich seit ihrer Gründung im Jahr 1947 als Mittler zwischen Bürger und Rathaus bewährt. Sie haben sich bei Mitbürgern, Verwaltung und Mandatsträgern Ansehen und Wertschätzung erarbeitet. Nicht von ungefähr

gelten die Bezirksausschüsse als die besten Schulen der „Erziehung zur Demokratie“ und bieten intensive Möglichkeiten zur Information und Partizipation.

*Klaus Bäumler ist 2. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums, dort Leiter des Arbeitskreises „Öffentliches Grün“, von 1978 bis 2008 Vorsitzender des Bezirksausschuss Maxvorstadt und Richter (rtd.) am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof.*

### **Zum Weiterlesen:**

Klaus Bäumler: Die Bezirksausschüsse in München: Vom Distriktskommissar zum kommunalen Entscheidungsorgan. Ein historisch-aktueller Überblick. In: Bayerische Verwaltungsblätter 1999, S. 644-650.

Und in: 50 Jahre Münchner Bezirksausschüsse, Festschrift, München 1997, S. 111-121

Klaus Bäumler: Anmerkung zur Entscheidung des Bayer. Verfassungsgerichtshofs vom 14.07.1994 zur Novellierung des Art. 60 BayGO durch Gesetz vom 07.08.1992, GVBl. S. 306. In: Bayerische Verwaltungsblätter 1994, S. 689 ff.

Christoph Masson: Großstadtverwaltung und Bürokratie. In: Bayerischer Bürgermeister 1950, S. 217 ff.

Heli Aurich: Partizipation an der Stadtplanung. In: Social Strategies. Monographien zur Soziologie und Gesellschaftspolitik, Band 2, Basel 1976.

*Diese Basler Dissertation ist heute noch lesenswert. In die Reihe der Fallbeispiele für Initiativen ist das Münchner Forum aufgenommen. Die Münchner Bezirksausschüsse finden im Rahmen der sog. nicht-plebiszitären Regelungen in den Gemeindeordnungen der Bundesländer (noch) keine Erwähnung.*

Rolf Mantler: Partizipatorische Stadtentwicklungspolitik. Erläutert an Münchener Fallbeispielen, Frankfurt u.a. 1982. Rolf Mantler untersucht in seiner Dissertation am Geschwister-Scholl-Institut bei Prof. Sontheimer die Möglichkeiten partizipatorisch erweiterter Demokratie im kommunalen Bereich und entwickelt die Bedingungen für deren Realisierung. Mantler analysiert drei partizipatorische Initiativen. Als erstes Fallbeispiel wählt Mantler die Bürgerinitiative Aktion Maxvorstadt. Im zweiten Fallbeispiel befasst sich Mantler mit der „Partizipativen Politisierung“ der Münchner Bezirksausschüsse. Das „Münchner Forum unter besonderer Berücksichtigung des Bürgerkomitees Altstadttring-Nordost“ analysiert er als drittes Fallbeispiel. Die speziell auf München ausgerichtete Untersuchung zeichnet sich dadurch aus, dass der Autor als „teilnehmender Beobachter“ ein Mann der Praxis war, selbst im damaligen Bezirksausschuss 27 (Milbertshofen – Am Hart, heute BA 11) sowie im Münchner Forum mitgearbeitet hat, über enge Kontakte zur Aktion Maxvorstadt und einen fundierten Einblick in die damalige Reformdiskussion der Münchner SPD verfügte.

# Immer höher, immer weiter – aber um welchen Preis?

## Gegen massive Einwände aus dem Stadtviertel entstehen 820 neue Wohnungen auf dem „Truderinger Acker“ in Berg am Laim

ALEXANDER FRIEDRICH, FABIAN EWALD

Der Zuzug nach München ist ungebrochen, die Metropole an der Isar wird für immer mehr Menschen ein neues Zuhause. Nach der Bevölkerungsprognose des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung soll die Einwohnerzahl Münchens bis 2037 um 11,5 Prozent wachsen. Innerhalb von knapp 20 Jahren werden voraussichtlich 160.000 Menschen mehr in Schwabing, der Maxvorstadt oder einem der anderen Stadtteile leben. Allein Berg am Laim Bevölkerung soll bis 2040 von rund 46.000 auf dann 56.000 wachsen.

**D**iese Entwicklung kann man einerseits als einen Erfolg für die Landeshauptstadt sehen, zeigt sie doch, dass sie eine der lebenswertesten Städte Deutschlands ist. Gern wird die Attraktivität Münchens auch von der Kommunalpolitik als Bestätigung ihrer Arbeit angesehen. Es besteht jedoch auf der anderen Seite die Gefahr, dass die Stadt von ihrem Erfolg überrollt wird. Was nutzt das Etikett der beliebten Stadt, wenn Mietpreise von 20 Euro pro Quadratmeter aufwärts in Randlagen als günstig gelten? Was bedeutet eine vermeintlich hohe Lebensqualität, wenn das Straßennetz die neu hinzukommenden Autos nicht mehr aufnehmen kann und kilometerlange Staus nicht mehr nur zu Stoßzeiten, sondern auch darüber hinaus auftreten? Ist eine Stadt noch lebenswert, wenn der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) immer unzuverlässiger und immer überfüllter wird und es zum Lotteriespiel wird, ob man pünktlich ankommt? Können junge Familien gut in einer Stadt leben, in der sie, obwohl beide Partner erwerbstätig sind, eher schlecht als recht über die Runden kommen, der Kitaplatz am anderen Ende der Stadt liegt und Tag für Tag entsprechend lange Wege anfallen?

Als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil hat sich der Bezirksausschuss Berg am Laim (BA 14) mit diesen und anderen Fragen beschäftigt, als

die Pläne zur Bebauung des „Truderinger Ackers“ im Münchner Stadtrat abgestimmt wurden. Das Fazit von uns BA-Mitgliedern und der damit verbundene Appell an den Stadtrat war: Als BA 14 begrüßen wir grundsätzlich, dass am „Truderinger Acker“ Wohnungen für neue Berg am Laimerinnen und Berg am Laimer entstehen sollen. Lebenswert ist das neue Heim aber erst, wenn die schlechte Verkehrsanbin-



Abb. 1: Der Truderinger Acker an der Truderinger Straße

FOTO © THOMAS HÖHLER

dung verbessert, ausreichend Kita-Betreuungsplätze geschaffen, Kapazitäten an den schon überfüllten Schulen ausgebaut werden und ein Seniorenheim neu errichtet wird – sprich, wenn die soziale Infrastruktur stimmt. All dies war zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Bebauungsplans nicht der Fall. Für eine Bebauung in einer Dimension von 820 Wohneinheiten sind die Gegebenheiten vor Ort momentan schlichtweg nicht geeignet. Der BA 14 hat den Bebauungsplan deshalb vollumfänglich abgelehnt.



Dabei haben wir sorgfältig abgewogen. Wir verfolgen im Stadtviertel parteiübergreifend keine „Not in my backyard“-Politik. Unsere Leitlinie ist nicht: „Natürlich sollen mehr Wohnungen entstehen, aber bitte nicht in unserer unmittelbaren Umgebung.“ Wir nehmen aber die Sorgen und Einwände der Bevölkerung ernst. Und wir verstehen die Angst der unmittelbaren Anwohnerinnen und Anwohner, die in ihrem Einfamilienhaus wohnen und wissen, dass demnächst neben ihrem Grundstück ein Riegelbau mit einem 15-stöckigen Hochhaus mit 47 Metern Höhe und Gebäude mit vier bis sechs, aber eben auch acht Geschossen entstehen. Wir verstehen die Sorge der Bevölkerung vor einem drohenden Verkehrsinfarkt. Dass dieser nicht nur abstrakt denkbar, sondern einkalkuliert ist, zeigt die Vorlage, die dem Münchner Stadtrat von Seiten des Planungsreferats zur Abstimmung vorgelegt wurde, in der bereits heute Staulängen in der Truderinger Straße von 200 Metern bestätigt wurden.



FOTO © THOMAS HÖHLEN

Abb. 2: Der Truderinger Acker an der Truderinger Straße

Das Wachstum Münchens kann nur gelingen, wenn es klug, umsichtig und mit Beteiligung der Bevölkerung gestaltet wird. Es wird scheitern, wenn die Bevölkerung sich nicht ernst genommen fühlt, wenn Einwände und Sorgen nicht gehört werden, kurz: wenn Partizipation und Mitbestimmung nur leere Worthülsen sind. Zur Bebauung des „Truderinger Ackers“ gab es mehrere Bürgerbeteiligungen und Stellungnahmen des BA 14. Immer wieder haben Bürgerinnen, Bürger und der BA 14 Bedenken zur Dimension des Bauvorhabens geäußert. Als Ergebnis wurden aus ursprünglich 750 Wohnungen, die der Planentwurf und der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan vorsahen, 820 Wohnungen im Billigungsbeschluss. Das Gegenteil vom Ergebnis der Bürgerbeteiligung wird damit Realität.

München droht vom Wachstum überfordert zu werden. Exemplarisch für die ganze Stadt steht dabei die Bebauung des „Truderinger Ackers“. Wenn in

einer Grundschule in Berg am Laim Musikräume in Klassenzimmer umfunktioniert werden müssen, weil die Schule für die Anzahl an Kindern nicht mehr über ausreichend Räume verfügt, ist dies ein ernstzunehmendes Alarmzeichen. Wenn in Vorlagen zu Stadtratsabstimmungen Erholungsflächen ausgewiesen werden, die es mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht oder erst in einigen Jahren geben wird, kann dies nicht Grundlage einer verträglichen Stadtentwicklung sein. Die Freilegung des Hachinger Bachs beschäftigt den BA 14 seit mehreren Jahrzehnten. Der kleine Bach, der idyllisch am Pfanzeltplatz durch Perlach fließt, soll auch in Berg am Laim offen fließen und zum Naherholungsgebiet des Stadtviertels werden. Momentan fließt er unterirdisch, weil sich Verhandlungen mit Eigentümern, durch deren Grundstücke er fließen soll, jahrzehntelang hinziehen. In der Vorlage zum „Truderinger Acker“ wird der Bach aber als „Anbindung an die Nachbarschaft“ bezeichnet, an der sich die neue und bestehende Bevölkerung erholen kann.

Die Stadt München ist in der Lage, ihr Wachstum positiv zu gestalten und nicht nur zu reagieren. Sie kann aktiv dafür Sorge tragen, die Akzeptanz der Bevölkerung für ein Wachstum der Stadt zu fördern. Das gelingt ihr aber nur, wenn sie soziale und verkehrliche Infrastruktur konsequent mit ausgebaut wird. Exemplarisch für ganz München kann die Landeshauptstadt im Norden Berg am Laim zeigen, ob sie den Mangel nur verwalten oder doch das Wachstum aktiv gestalten will. Nur einige hundert Meter vom „Truderinger Acker“ verkauft ein Textilhersteller seinen Firmensitz. Die Ideen für das Grundstück sind vielfältig: Es könnte dort eine dringend benötigte weitere Grundschule entstehen. Die Stadt könnte das Grundstück kaufen und dort ein Seniorenheim errichten. Sie könnte dort Kindergarten und Kinderkrippenplätze schaffen, um für junge Familien ein wohnortnahes Angebot zu schaffen. Und städtische Wohnungsbaugesellschaften könnten dort zudem bezahlbare, preisgedämpfte Mietwohnungen bauen, wenn die soziale Infrastruktur stimmt. Anders als beim „Truderinger Acker“ kann München hier selbst bauen und nicht einen privaten Investor bauen lassen. Wenn dies der Stadt gelingt, wenn sie die Ideen und Vorschläge der Anwohnerinnen und Anwohner ernst nimmt, dann bleibt München die lebenswerteste Stadt Deutschlands!

*Alexander Friedrich, 34 Jahre alt, ist seit 2012 für die SPD Mitglied des Bezirksausschusses Berg am Laim. Seit Mai 2020 ist er Vorsitzender des Gremiums.*

*Fabian Ewald, 29 Jahre alt, seit 2020 für die CSU Mitglied des Münchner Stadtrats. Seit 2014 Mitglied des Bezirksausschusses Berg am Laim und dort seit 2020 erster stellvertretender Vorsitzender.*



Montag, den 9. November 2020, 19:00 bis 20:00 Uhr

## Lärm in München (Wiederholung von 10/2020)

Die Stadt ist an den meisten Stellen laut. Besonders, wer an einer der Münchner Hauptverkehrsstraßen wohnt, wird vom Lärm gestresst und auch gesundheitlich geschädigt. Straßen- und Schienenlärm, Lieferverkehr und Martinshörner, Laubbläser und Blaulichtfahrzeuge strapazieren die Ohren. Die Stadt München muss dringend den Lärmaktionsplan fortschreiben. Dabei müssen die Betroffenen mitwirken können. Um über Lärm und Lärmschutz zu informieren, bietet der AK Hörspaziergänge an.

Darüber spricht Michael Schneider mit Gunhild Preuß-Bayer, Leiterin des Arbeitskreises. Der Arbeitskreis "Gesunde, lebenswerte Stadt" kümmert sich darum, wie städtisches Handeln Gesundheit schützen kann und muss. Themen sind zur Zeit Lärm und Hitze.

<http://muenchner-forum.de/im-radio/>

Weitere Sendungen finden Sie zum Nachhören auf <http://muenchner-forum.de/im-radio/>

# Wenn wir`s hier schaffen, schaffen wir`s in ganz München

## Was wir von einem Modellquartier Schwanthalerstraße lernen wollen

VOM REFERAT FÜR STADTVERBESSERUNG\*

Wenn man an Verkehrsexperimente denkt, scheint die Schwanthalerstraße als Haupteinfallsstraße in die Münchner Innenstadt so gar nicht geeignet. Vor allem im Bereich des südlichen Bahnhofsviertels, zwischen Sonnenstraße und Bavariaring, stehen die Autos nicht nur an, sondern regelmäßig auch auf der Straße. Bäume, breite Geh- und Radwege oder Sitzmöglichkeiten sucht man auf dem 22 Meter breiten Straßenquerschnitt vergebens. Doch wächst man nicht gerade an seinen Aufgaben? Können herausfordernde Situationen nicht einen besonders hohen Lerneffekt – auch für andere Bereiche Münchens haben? Wir, das Referat für Stadtverbesserung\*, ein Kollektiv aus Architektur- und Urbanistikstudierenden, sind überzeugt. Schaffen wir es in der Schwanthalerstraße, schaffen wir es überall (zumindest in München).

**G**enau vor einem Jahr haben wir uns, sechs Masterstudierende, im Rahmen eines Semesterprojekts am Lehrstuhl für Urban Design, Prof. Boucsein, der TU München kennengelernt. Dort entstand der Entwurf „Take back Schwani!“, der ein autoreduziertes München am Beispiel der Schwanthalerstraße aufzeigt. Demnach solle der Autoverkehr innerhalb von acht Jahren deutlich reduziert werden, um neben der verkehrlichen Infrastruktur grüne und soziale Belange vermehrt zu berücksichtigen. Dabei haben wir nicht die große Geste gesucht. Durch kleine Eingriffe solle Bestehendes umgenutzt und so nachhaltig verändert werden. Ein wichtiger Bestandteil des Entwurfs ist die Neuordnung des Straßenraums



Abb. 1: Bäume, Fahrradabstell- und Sitzmöglichkeiten – so könnte die Schwanthalerstraße aussehen

COMIC © REFERAT FÜR STADTVERBESSERUNG

in einem kooperativen Prozess mit verschiedenen Akteur:innen in München. Doch irgendwer muss diesen Prozess anstoßen.

Im April 2020, am Anfang des neuen Semesters fragten wir uns „Wieso eigentlich nicht wir selbst?“. Kurz darauf gründeten wir das Referat für Stadtverbesserung\* als studentische Initiative. Als selbsternanntes Referat\* wollen wir innerhalb des universitären Kontexts und darüber hinaus Verbesserungen in München aufzeigen, diskutieren, weiterentwickeln – und natürlich planen. Als Referat\* bieten wir den Bürger:innen, Initiativen und Akteure:innen der Stadt den Service der konkreten Visionenentwicklung an. Ein erster Schritt dahingehend war die Veranstaltung „100 Meter Zukunft“

auf der Schwanthalerstraße zwischen St.-Paul- und Hermann-Lingg-Straße am 23. August 2020. In einer von uns initiierten Kooperation vom Lehrstuhl für Urban Design und Architekturinformatik der TU München simulierten wir als Referat\* mit Unterstützung von verschiedenen Initiativen und Privatpersonen einen lebenswerten Straßenraum. Insgesamt über 2.500 Besucher:innen eigneten sich die sogenannte Erdgeschoss- und Aufenthaltszone des alternativen Straßenlayouts an. So konnten sie die Vision des Entwurfs „Take back Schwani!“ sowohl erleben als auch gestalten.

Auf Wunsch einiger Besucher:innen setzten wir uns weiter dafür ein, Elemente der Veranstaltung „100 Meter Zukunft“ im kommenden Jahr zu ver-



Abb. 2: Ein Straßenschild macht die Besucher:innen auf den neuen Straßenraum aufmerksam

stetigen. Eine Begrünung des mittleren Fahrstreifens mit Bäumen und Pflanztrögen erleichtert nicht nur die Überquerung der Schwanthalerstraße, sondern schafft auch schattige Orte für soziale Infrastrukturen, wie Sitzmöglichkeiten, Fahrradstellplätze, Spielelemente etc. Durch solche Interventionen könnte die Verkehrswende in München schrittweise umgesetzt und die Potenziale vor Ort genutzt werden. Insbesondere die Schwanthalerstraße ist für München einzigartig und so viel mehr als Verkehr. Hier befinden sich viele kulturelle Einrichtungen, politische Institutionen, eine große kulinarische Auswahl sowie Händler

mit internationalem Sortiment. Um dieses spezifische Potenzial auf die Straße zu bringen und weitere Ideen zu erproben, setzen wir uns als Referat\* für ein Modellquartier in der Schwanthalerstraße ein. Denn wenn wir's hier schaffen, schaffen wir's überall.

Das Referat für Stadtverbesserung\* wurde im April 2020 von den Architektur- und Urbanistikstudierenden der TU München Michelle Hagenauer, Annika Hetzel, Magdalena Schmidkunz, Linus Schulte, Maximilian Steverding und Markus Westerholt gegründet.

\*jegliche Ähnlichkeit mit bestehenden Institutionen ist rein zufällig



Abb. 3: Über Yoga, ein Straßenpicknick und verschiedene Musikkünstler wurde die Straße vielfältig angeeignet

## Verstärkeramt in Kochel – durch Abbruch gefährdet

DIETER KLEIN

Bereits vor einem Jahr hat die Untere Denkmalschutzbehörde im Landratsamt Bad Tölz/Wolfratshausen am 1. Oktober 2019 den Abriss des ehemaligen Verstärkeramtes in Kochel, Bahnhofstraße 34 genehmigt – vor der Öffentlichkeit weitgehend verheimlicht, laut Bürgermeister Holz geschah das aus Rücksicht auf die 87jährige, letzte Bewohnerin des Gebäudes.

**E**rst eine Petition des Weilheimer Architekten Heiko Folkerts führte zur Aufdeckung der Abbruchabsichten nach einem „beschleunigten Verfahren“ und endlich zu einer Unterschutzstellung: das „hervorragende Beispiel der Münchner Postbauschule“ wurde in die Denkmalliste aufgenommen, allerdings erst einen Monat, nachdem der Gemeinderat im Juli 2018 den neuen Bebauungsplan beschlossen hatte. Die begonnenen Planungen wurden weiter verfolgt, schließlich die „Belange des Denkmalschutzes in diesem Falle zurückgestellt“ und der Abriss genehmigt.

„Der geplante Neubau soll der Daseinsvorsorge und dem Allgemeinwohl dienen.“ Nach Meinung des Bürgermeisters versucht Architekt Folkerts das „für die Gemeinde so wichtige Vorhaben zu torpedieren, zumal das Landesamt für Denkmalpflege gegen den Bebauungsplan ohnehin nicht vorgehen will: laut Generalkonservator Pfeil muss man „auch einmal einen Verlust hinnehmen“ – eine bemerkenswerte Aussage.

Folkerts stellt in diesem Zusammenhang die Daseinsberechtigung des Landesamtes in Frage. Immerhin genießt die in den zwanziger Jahren begründete „Postbauschule“ einen hervorragenden Ruf. Für die großen Städte entwarfen die Architekten um Robert Vorhoelzer Gebäude mit damals neuartigen Flachdächern. Für kleinere Städte und Dörfer griffen sie bewusst Elemente der lokalen bäuerlichen Architektur auf: große Mauerflächen, Satteldächer und relativ kleine Fenster mit Schlagläden, so auch in Kochel.

Über eine durchaus denkbare, kostensparende Umnutzung des stabilen Gebäudes haben sich die Stadtväter offenbar kaum Gedanken gemacht – aus

welchen Gründen auch immer. Für einen fähigen Architekten dürfte die Planung für Unterbringung von 16 (nach anderen Angaben 21) Wohnungen, von Vereinsräumen und einige Obdachlosenquartiere unter Erhalt des stabilen Altbaus bei einer Gesamtgrundstücksfläche von ca. 5.000 Quadratmetern kein Problem sein; eventuell notwendige Zusatzbauten kämen auf alle Fälle billiger als Abbruch des Bestandes und kompletter Neubau.



Abb. 1: Das Verstärkeramt in Kochel

FOTO © JEAN MOUTOR

Für den Erhalt der „hochrangigen bayerischen Baukultur“ spricht neben dem Vorteil der Kostensparnis auch die Begrenzung von Flächenfraß und die Vermeidung von Materialverschwendung. Im Zeitalter von Corona sollte sich jede Gemeinde zur Sparsamkeit verpflichtet fühlen, könnte ja sein, dass das Geld in Zukunft für wirklich notwendige Baumaßnahmen gebraucht wird.

*Dr. Dieter Klein ist Kunsthistoriker und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Städtebau und Architekturgeschichte, insbesondere mit der Architektur des 19. Jahrhunderts in Deutschland und in der Donau-Monarchie. Er ist Mitglied im Programmausschuss des Münchner Forums.*

# Salzburg-Mozarteum

## Bizarre „Verbesserungen“ am Werk eines Münchner Architekten?

DIETER KLEIN

Im Salzburger Volksblatt vom 25. Juni 1914 war zu lesen, dass in Salzburg ein Bauwerk entstanden sei, „auf das nicht nur die Salzburger mit gutem Recht außerordentlich stolz sein dürfen, sondern dass das auch die Münchner angehe: ...An diesem stolzen Bau, der eine meisterhafte Leistung der Architektur und der Innenausstattung darstellt, sind vorzüglich Münchner Künstler mit interessanten Beiträgen beteiligt ...sie alle haben von ihrem Besten gegeben und legen damit in unserer Nachbarstadt Salzburg ein ehrenvolles Zeugnis ab von dem Hochstand Münchener Kunst- und Münchener Kunstgewerbes“. Der Verbindungstrakt des denkmalgeschützten Konzerthaus-Ensembles als bedeutsames Weltkulturerbe soll nun einem neuzeitlichen Profanbau für das Pausenpublikum weichen – argumentativ sekundiert von einem Teil des als kundig geltenden Denkmalschutz-Fachpersonals.

**D**ie Gebäudegruppe des Salzburger Mozarteums wurde in der dortigen Schwarzstrasse Nr. 26-28 am Rande des Mirabellgartens von Richard Berndl (1875-1955), einem überregional tätigen Münchner Architekten, von 1912-1914 unter Einbeziehung der bestehenden älteren Villa Lasser von 1874 erbaut. Stilistisch kann Berndls Bau als heimattümliche Variante des Jugendstils mit barocken und klassizistischen Elementen beschrieben werden. Der Architekt gehörte zu den wichtigsten Vertretern dieser Stilrichtung, in Salzburg hat er in vergleichbarer Formensprache außerdem das Gebäude der Arbeiterunfallversicherung an der Auerspergstraße geschaffen. Seine Werke sind in München, Bad Gastein, aber auch in der heutigen Slowakei, in Tschechien und sogar in Sao Paulo zu finden.

„Von welchem Standpunkt man die imposante Gebäudegruppe des Mozarthauses auch betrachten mag, immer ergeben sich schöne klare Bilder, gute

Überschneidungen, eine glückliche Gesamtwirkung im städtebaulichen Sinne“, so lautete 1915 eine zeitgenössische Beschreibung aus der Zeitschrift „Dekorative Kunst“. Aus politischen Gründen fand die für den 14. August 1914 geplante feierliche Eröffnung ohne „alles Gepräge“ statt (zwei Wochen vorher war in Sarajevo der österreichische Thronfolger ermordet worden). Der bisher weitgehend unverändert erhaltene Salzburger Gruppenbau gilt als eines der letzten Beispiele der Gesamtkunstwerk-Idee im Sinne des Historismus am Ende der Belle Epoque; er besteht aus dem Konzertsaal, dem originellen Verbindungsbau und der Musikschule, zusammen also ein Gesamtkunstwerk, dessen Erscheinungsbild durch die geplanten „Verbesserungen“ akut gefährdet ist.

Laut Kronenzeitung vom 26. September 2018 wurden die aktuellen Umbaupläne jedenfalls „unter maximaler Geheimhaltung geschmiedet“. Die Pressemitteilung der Stiftung Mozarteum vom 26.

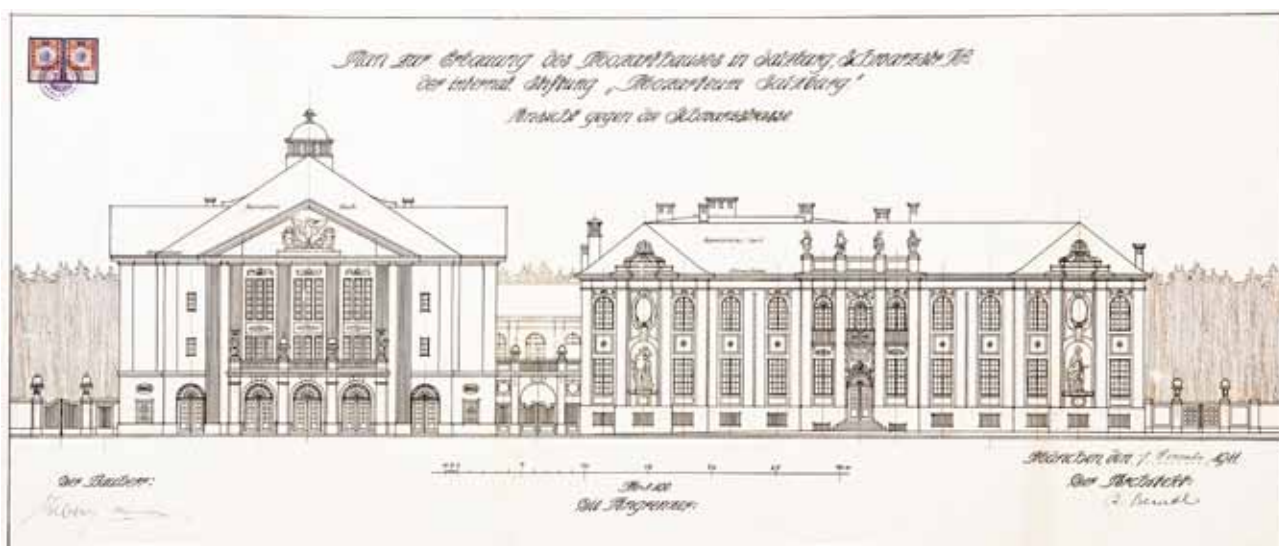


FOTO © STIFTUNG MOZARTEUM

Abb. 1: Mozarteum: Einreichplan 1911 des Architekten Richard Berndl, Ansicht von der Schwarzstraße, Gesamtansicht mit dem gefährdeten Verbindungsbau

September 2018 weist auf „Einhaltung der vom Bundesdenkmalamt vorgegebenen Rahmenparameter“ hin und redet von einer „sensiblen Einfügung“ des geplanten Glasbaues in die „Integrität der historischen Bestandsgebäude, die das Denkmal ausmachen“.

FOTO © MARIUS LANDERER, INITIATIVE DENKMALSCHUTZ WIEN



Abb. 2: Mozarteum: Verbindungstrakt mit Pausenfoyer im 1. Stock - vom Bundesdenkmalamt zum Abriss freigegeben

Die Abbildungen des Projektes lassen Zweifel an dieser These aufkommen und jegliche Sensibilität seitens des Bauherrn und der Architekten vermissen. Dipl. Ing. Dr. Friedrich Idam von ICOMOS Austria, dem Österreichischen Nationalkomitee des Internationalen Rats für Denkmalpflege, rät in einem Schreiben vom 20. Januar 2020 von allen in dieser Form geplanten Umbauarbeiten dringend ab. Verwunderlich, wie nach über einem Jahrhundert des Lobes plötzlich vieles bis dahin Hochgelobte negativ bewertet werden darf: welche Gründe könnten wohl für einen ebenso dominanten wie phantasielosen Glas- und Stahlkubus an Stelle eines gut proportionierten, zurückgenommenen Verbindungsbaues sprechen? Persönliche Beziehungen? Verständnislosigkeit? Gefälligkeitsgutachten?

Geplant werden die Umbauten vom Architekturbüro Maria Flöckner und Hermann Schnöll, die als Sieger aus einem internationalen Wettbewerb hervorgegangen sind. Sie wollen „mehr Raum für die Publikums-Foyers und einen barrierefreien Zugang“ schaffen. Die Salzburger Landeskonservatorin, Frau DI Eva Hody beurteilte 2017 und 2018 diese Planungen bemerkenswert positiv: „Zwischenbau und Arkadenbauwerk

mit Pausenfoyer und originaler Möblierung aus der Bauzeit sind zwar Teil des Denkmals, jedoch ist ihre räumliche Funktion und architektonische Qualität im Kontext der beiden großen Baukörper gering, so dass

diese untergeordneten Bauvolumen keine wesentlichen denkmalbegründende Eigenschaften haben.“ In einem anderen Schreiben vom 2. Oktober 2017 bezeichnet sie das Pausenfoyer als „erneuert“, an eine Rekonstruktion nach Befunduntersuchung oder nach vorhandenen Fotos ist vermutlich kein Gedanke

verschwendet worden. Hier von einer „unauthentischen Veränderung“ zu sprechen scheint doch sehr konstruiert und wenig überzeugend, auch wenn dieses Urteil aus der Feder einer Leiterin dieser Fachbehörde bzw. einer Landeskonservatorin stammt: eventueller Abbruch begründet u. a. auf der vergleichsweise geringen Größe von Bauteilen?

Mehr noch: „Der Neubau schafft in einer zeitgenössischen Formensprache die Vermittlung zwischen den beiden Gebäuden, die der Altbestand nicht geschafft hat.“ Damit wurde ohne Not dieser historische Bauteil „zur Disposition gestellt“.

Für die Behauptung, dass man „von Anfang an mit der vorhandenen Zwischentraktlösung unzufrieden“ gewesen sei, fehlt allerdings jede Quellenangabe. Falls doch zu finden: Wieso hatte dann über Jahrzehnte niemand auf eine Planverbesserung gedrängt? Wie erklärt sich das „Fachurteil“ seitens der Denkmalpflege: „Ein neues Verbindungsbauwerk zwischen den bestehenden Gebäuden kann aus Sicht der Denkmalpflege im Sinne des Weiterbauens (!) sowohl städtebaulich als auch für das Erscheinungsbild des Mozarteums einen zeitgemäßen Akzent setzen“. Dergleichen Formu-



FOTO © MARIUS LANDERER, INITIATIVE DENKMALSCHUTZ WIEN

Abb. 3: Mozarteum: Verbindungstrakt an der Schwarzstraße - vom Bundesdenkmalamt zum Abriss freigegeben

lierungen waren seit den sechziger Jahren eigentlich schon etwas aus der Mode gekommen. Hat also ein überregional anerkannter Architekt vor 100 Jahren „Pfusch“ geliefert, den besonders fähige Architekten



Abb. 4: Siegerentwurf für den Neubau eines Pausenfoyers von Floeckner & Schnoell an Stelle der historischen Verbindungsbauten, von der Stiftung Mozarteum bevorzugt und vom BDA genehmigt

nach 100 Jahren endlich korrigieren dürfen? „Die vorhandenen Torbogenelemente und der Zwischentrakt entsprechen in ihrer architektonischen Aussage in keiner Weise der Qualität der anderen Gebäudeteile.“ (Gutachten Frau Dr. Greger-Amanshauser).

Zu einer positiven Bewertung von Berndls Planung war 1982 hingegen ein Gutachten der Sachverständigenkommission für die Altstadtterhaltung gekommen. Dort heißt es: „in künstlerisch vollendeter Weise durch eine Zweiteilung des Baues“ sei eine solche Vermittlung sehr wohl geschaffen. Dieses Gutachten wurde damals auch von der Stiftung Mozarteum ohne Einwand zur Kenntnis genommen.

Das Mozarteum ist dreifach geschützt: durch Denkmalschutz allgemein, durch den Altstadtsschutz und den Welterbeschutz. Ein derart schwerwiegender Eingriff in historische Bausubstanz ist eigentlich durch die Denkmalschutzgesetze verboten. Oder sollte sich der damalige Vizepräsident des Bundesdenkmalamtes Bacher mit seinem Bescheid vom 24. September 1993 etwa getäuscht haben, wenn er auf öffentliches Interesse am Erhalt der künstlerischen Ausstattung auch der Foyers (!) ausdrücklich hinweist? Dass einem Verbindungsbau nicht die gleiche Bedeutung zukommt wie den beiden Hauptbauten darf nicht heißen, dass er bedenkenlos geopfert werden darf, vielleicht nur um als Denkmalpflger „modern“ erscheinen zu wollen? Ein von der schon genannten Salzburger Kunst- und Architekturhistorikerin Dr. Greger-Amanshauser im Auftrag der Mozarteum-Gesellschaft erstelltes Gutachten spricht den

vom Abbruch bedrohten Torbogenelementen und dem Zwischentrakt „in ihrer architektonischen Aussage“ im Vergleich zu den anderen Gebäudeteilen jegliche Qualität ab und plädiert für einen „zeitgemäßen Akzent“.

Irrten also die Fachleute seit über einem Jahrhundert mit ihrem Lob? Warum wurde die Beseitigung von angeblichem „Pfusch“ nicht schon längst gefordert, wie konnten diese Mängel erst nach 107 Jahren jemandem auffallen? Und jetzt, endlich, eine begrüßenswerte Lösung durch fähigere Architekten? Ist eine „optische Verklammerung“ durch Vorziehung des Glaskastens vor die historische Baulinie wirklich vorteilhaft? Bisher galt „der Einblick von der Straße durch die Loggien des großen Hofes gegen die Bastei (des

Mirabellgartens, mit einem Brunnen) von besonderem Reiz“. Natürlich nur wenn dort keine Abfallcontainer und Gerümpel abgestellt werden dürfen. Der Innenhof sei eng und dunkel? Kein Hindernis für ein geplantes, hauptsächlich abends genutztes Foyer, aber auch das keine glaubhafte Begründung für den geplanten Abbruch des Verbindungstraktes.

Sicherheitshalber folgt noch eine weitere Diffamierung: der bestehende Pausenraum sei ja ursprünglich als Depot geplant gewesen. Für einige Vorentwürfe könnte das zutreffen, nicht aber für den ausgeführten Bau. Ähnlich äußerte sich auch ein anderes Mitglied der Jury, Dr. Erich Marx: auch er bezeichnete den Mitteltrakt als „historischen Depottrakt“. Die Fotos aus der Bauzeit scheint er wohl nicht zu kennen. Aber wie wäre diese elegante, künstlerische Ausstattung zu erklären, zu der es Abbildungen aus der Bauzeit gibt. Ein „Depot“ mit Deckengemälde, Stuck

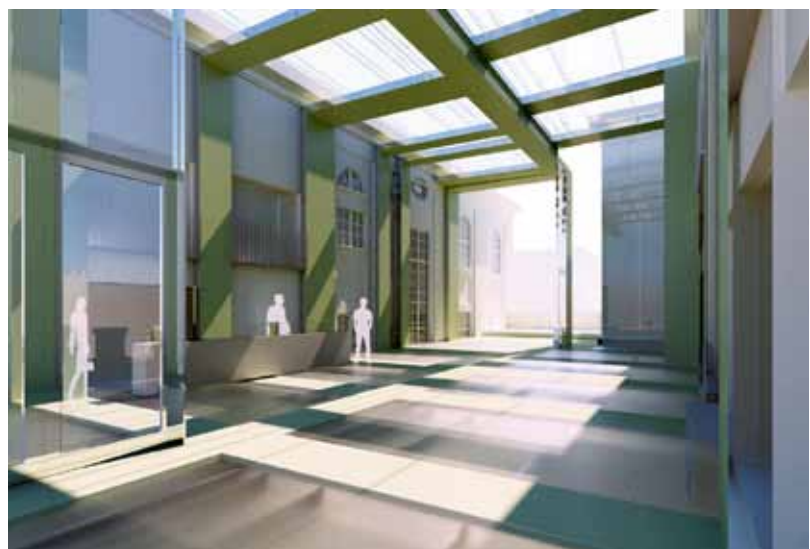


Abb. 5: Modell des Siegerentwurfs für das Pausenfoyer geplant mit Beton, Stahl und Glas

und einer Terrasse zum Mirabellgarten? Wäre schon sehr nobel.

Bemerkenswert die Beurteilung des geplanten Glaskubus durch die Denkmalpflegerin Frau DI Hody: „Das Siegerprojekt überzeugt mit einem Konzept, das den Raum zwischen den Bestandsgebäuden für Licht und Durchblick öffnet .... Eine vermeintlich einfache Architektur, die sich als komplex und gut durchdacht erweist.“ Beim Zwischentrakt handle es sich zwar um Teile eines Denkmals, aber von der Qualität und vom Volumen her sei es irgendwie doch kein Denkmal: „Wir brechen nichts ab, wir verändern es nur.“ (DI Eva Hody, zitiert in der Kronenzeitung vom 27. September 2018) Die Beseitigung der „Torbogenelemente“ und des bestehenden Pausenraumes muss sie wohl übersehen haben.

Das neue Pausenfoyer wäre zwar ebenerdig situiert, aber mit einer unangenehm wirkenden Raumhöhe, jedenfalls kein Raum zum Wohlfühlen und in tristen Grautönen gehalten, wie sie von zeitgenössischen Architekten derzeit bevorzugt werden. In seiner Gesamtheit würde es eher an einen Industriebau erinnern.

Der Hof mit seiner von Palladio inspirierten Arkadenarchitektur könnte im Erdgeschoß mühelos für ein zusätzliches, barrierefrei zugängliches Foyer erschlossen, kostengünstig mit einer Glaskonstruktion überwölbt und damit zu einem durchaus repräsentativen, zusätzlichen Pausenraum gestaltet werden,

all das ohne Zerstörung der historischen Bausubstanz und ohne Störung des harmonischen Gesamtbildes der Baugruppe durch eine ebenso dominierende wie langweilige „gläserne Mitte“. Die Konzertbesucher könnten auch in einem dezenten, im Hofbereich neu zu planenden Pausenraum „den notwendigen Platz finden, um das Erlebte in angenehmer Atmosphäre zu reflektieren“ (Architektenlyrik aus der Pressemitteilung der Stiftung Mozarteum, 26. September 2018).

Zwingend notwendig wäre die Zerstörung des historischen Verbindungsbaus und des alten Pausenfoyers jedenfalls nicht. Wie wäre es mit einer Befragung der Salzburger Bevölkerung, ob das Arkadenbauwerk und der Pausenraum wirklich zur Disposition gestellt werden dürfen? Fähige Architekten (für die ich die Sieger des Wettbewerbes sogar halte) schaffen das auch unter Erhalt des jetzigen Foyers, vor allem mit wesentlich geringeren Baukosten als die veranschlagten 5 bis 10 Millionen Euro. Aber: „Salzburg ist anders und Manche können sich alles richten. Die geplante moderne Verschandelung ist ein neuer Anschlag auf Salzburgs Weltkulturerbe“, dieser „Fall hat alle Zutaten für eine klassische Posse“. (Kronenzeitung, 26. September 2018)

*Dr. Dieter Klein, Wien/München, Kunsthistoriker, ehemals Lehrbeauftragter am Kunsthistorischen Institut der Universität Salzburg bei Prof. Fuhrmann, Mozarteum. Er ist Mitglied im Programmausschuss des Münchner Forums.*

## Veranstungshinweis

### „Wem gehören unsere Städte? Wem bezahlen wir unsere Miete?: Geldwäsche und Wohnen in Bayern“

Immobiliengeschäfte in Deutschland eignen sich perfekt zur Anlage von Schwarzgeld. Sie verlaufen selten transparent und beteiligte Akteure sind nur schwer zu fassen.

2019 meldete der Zoll 114.914 Geldwäsche-Verdachtsfälle und sprach von einer „extremen Anfälligkeit“ des Immobiliensektors. Die „Verfolgungskultur bei Geldwäsche in Deutschland“ sei unterentwickelt.

Wie Geldwäsche unser Wohnen in Bayern beeinflusst, ist leider weitgehend unbekannt.

Darüber werden wir in dieser Online-Diskussion mit Journalist\*innen und Expert\*innen des Finanzsektors debattieren. Unter anderem mit:

**Prof. Dr. Kai Bussmann**, Professor für Strafrecht, Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug


an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.  
Forschungsschwerpunkt: Wirtschaftskriminalität

**Kerstin Schimanski**, Doktorandin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Geldwäschestudie „Nationale Risikoanalyse, Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“ im Forschungsauftrag des Bundesministeriums der Finanzen

**Christoph Trautwetter**, Wissenschaftlicher Referent beim Netzwerk Steuergerechtigkeit

Eine Veranstaltung von Mafianeindanke e.V. , #auspekuliert und AK „Wer beherrscht die Stadt?“ des Münchner Forums e.V.

**Wann:** am 11.11.2020 um 19.00 Uhr über die Plattform Zoom.


**Anmeldung:** um den Zugangscode zu erhalten, melden Sie sich bitte per Email an: [anmeldung@mafianeindanke.de](mailto:anmeldung@mafianeindanke.de) 



### S-Bahn-Initiative Qualität SIQ

Das Münchner Forum unterstützt zusammen mit 5 weiteren Umwelt- und Fahrgastverbänden aus dem Großraum München die neue S-Bahn-Initiative Qualität – SIQ.


Ziel der Initiative ist: Innerhalb von drei Jahren durch eine neue Linienorganisation deutliche Verbesserungen für die S-Bahn-München zu erreichen.

Zum gesamten Text der Pressemitteilung vom 1. Oktober: <https://muenchner-forum.de/2020/s-bahn-initiative-qualitaet/> 




### Stellungnahmen und Einwendungen zum Georg-Kronawitter-Platz

Das Münchner Forum hat sich seit mehreren Jahren mit den Planungen des sog. Sattlerplatzes (heute: Georg-Kronawitter-Platz) befasst und diese aufmerksam – kritisch – konstruktiv begleitet. Die besondere Bedeutung dieses Areals für die Stadtgesellschaft folgt nicht nur aus der zentralen Lage in der Altstadt, sondern auch daraus, dass von dem 9.500 qm umfassenden Planungsgebiet nur 2.150 qm im Eigentum eines privaten Eigentümers (ehemaliges Postgebäude Georg-Kronawitter-Platz 2 einschließlich davor liegender Freifläche) stehen. 7.350 qm und damit 80 % des Planungsgebiets befinden sich im Eigentum der Landeshauptstadt München. Davon entfallen auf die Straßenverkehrsfläche ca. 4.900 qm. An dem 2.150 qm großen städtischen Grundstück FINr. 502 wurde einem Investor (Hirmer) im Jahr 2017 ein Erbbaurecht für 60 Jahre eingeräumt.

Zum gesamten Text der Stellungnahme und Einwendungen vom 9. Oktober: [https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2020/10/Stellungnahme-PA\\_MueFo-B-Plan-2102-Georg-Kronawitter-Platz\\_9.10.2020\\_oU.pdf](https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2020/10/Stellungnahme-PA_MueFo-B-Plan-2102-Georg-Kronawitter-Platz_9.10.2020_oU.pdf) 

### Pressemitteilung des AKS zur S-Bahn München: Probleme und Terminverzug bei 2. Stammstrecke erfordern Moratorium – JETZT dringende S-Bahn-Maßnahmen starten!


Die kürzlich in der Presse bekannt gewordene zeitliche Verschiebung der Inbetriebnahme der 2. Stammstrecke auf das Jahr 2032 macht erneut die großen Probleme der Deutschen Bahn auf der gesamten Strecke und im Besonderen an den drei geplanten Tieftunnel-Bahnhöfen deutlich. Das bestätigt lang gehegte Befürchtungen, dass Verbesserungen für die Münchner S-Bahn frühestens zur Mitte des nächsten Jahrzehnts zu erwarten sind und die Kosten dafür nochmals ganz erheblich steigen werden.

Zum gesamten Text der Pressemitteilung vom 20. Oktober 2020: [https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2020/10/20201020\\_PM\\_AKS-MueFo-Verzoegerung-Stammstrecke.pdf](https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2020/10/20201020_PM_AKS-MueFo-Verzoegerung-Stammstrecke.pdf) 


### Pressemitteilung: des Arbeitskreises Attraktiver Nahverkehr (AAN) zur Wahl des neuen Mobilitätsreferenten

Der AAN gratuliert Herrn Georg Dunkel zur Wahl zum Mobilitätsreferenten. Für den geplanten Ausbau des Umweltverbundes kommt dem Mobilitätsreferenten eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung der geplanten Vorhaben zu. Der AAN wünscht Herrn Dunkel viel Erfolg. Herr Dunkel bringt viel Erfahrung aus seiner bisherigen Tätigkeit im Planungsreferat als Hauptabteilungsleiter Verkehrsplanung mit, die ihm bei der anspruchsvollen Aufgabe sicherlich helfen wird.

Und es wartet eine Menge Arbeit: Sowohl die Umsetzung des Radentscheids als auch der Ausbau des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) sind anspruchsvolle Aufgaben. In München besteht erheblicher Nachholbedarf, gerade die tangentialen Verbindungen zwischen den einzelnen Stadtvierteln sind schlecht ausgebaut. Für den ÖPNV-Ausbau soll noch dieses Jahr die Infrastrukturmaßnahmen für den Nahverkehrsplan (NVP) beschlossen werden. Dort sind die geplanten Ausbauvorhaben für Bus, Tram und U-Bahn zusammengefasst.

Zum gesamten Text der Pressemitteilung vom 21. Oktober: [https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2020/10/PM\\_AAN\\_Wahl\\_Mobilitaetsreferat\\_21\\_10\\_2020.pdf](https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2020/10/PM_AAN_Wahl_Mobilitaetsreferat_21_10_2020.pdf) 

### Alle Termine sind vorbehaltlich weiterer Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus!

Sie haben Lust, etwas für München zu tun? Unsere Arbeitskreise stehen Ihnen offen. Eine E-Mail an [info@muenchner-forum.de](mailto:info@muenchner-forum.de)  genügt.

#### Arbeitskreis ‚Kunstareal/Maxvorstadt‘

Leitung: Martin Fürstenberg  
nächstes Treffen: Di. 10. November 2020, 17:00 Uhr  
per Videokonferenz

#### Arbeitskreis ‚Schienenverkehr‘

Leitung: Dr. Wolfgang Beyer, Prof. Dr. Wolfgang Hesse  
nächstes Treffen: Do. 12. November 2020, 18:00 Uhr  
per Videokonferenz

#### Arbeitskreis ‚Attraktiver Nahverkehr‘

Leitung: Berthold Maier, Matthias Hintzen  
nächstes Treffen: Do. 26. November, 18:30 Uhr  
per Videokonferenz

### Möchten Sie etwas zu unseren STANDPUNKTEN beitragen? Wir würden uns freuen! Hier sind unsere geplanten Schwerpunktthemen der kommenden Ausgaben:

12.2020/1.2021 Öffentliches Grün – bürgerschaftlich gepflegt und verbessert  
2./3.2021 Passagen – Plätze – Arkaden  
4./5.2021 Bahnverkehr im Umland / Bahnknoten  
XX.2021 Individualverkehr

#### IMPRESSUM


STANDPUNKTE


ISSN 1861-3004

Münchner Forum – Diskussionsforum für Entwicklungsfragen e.V.

Schellingstr. 65, 80799 München

fon 089/282076, fax 089/2805532

email: [info@muenchner-forum.de](mailto:info@muenchner-forum.de) 

[www.muenchner-forum.de](http://www.muenchner-forum.de) 

[www.facebook.com/muenchnerforum](https://www.facebook.com/muenchnerforum) 

V.i.S.d.P.: Dr. Detlev Sträter

Redaktion: Klaus Bäumler, Caroline Klotz, Dr. Georg Kronawitter, Dr. Michaela Schier, Dr. Detlev Sträter

Layout: Caroline Klotz

Endredaktion: Dr. Detlev Sträter

Redaktionsschluss: 13.10.2020

Wir verfolgen den Fortgang der von uns aufgegriffenen Themen. Der Inhalt dieses Magazins entspricht nicht zwingend dem Diskussionsstand in unseren Arbeitskreisen. Sie können Aussagen gern wörtlich oder sinngemäß mit Quellenangabe zitieren. Auch können Sie gerne auf Ihrer Homepage Links auf STANDPUNKTE-Ausgaben setzen. Dabei sind technisch auch einzelne Seiten adressierbar, indem Sie an die Endung .pdf direkt folgendes Anhängen: #page=XX (Seitenzahl).

Ob und in welcher Form in den Beiträgen eine gendgerechte Sprache verwendet wird, überlassen wir der Gestaltungsfreiheit der Autorinnen und Autoren.

Sollten Sie unsere STANDPUNKTE jemandem zukommen lassen oder nicht mehr erhalten wollen, genügt eine E-Mail an:

[info@muenchner-forum.de](mailto:info@muenchner-forum.de) 